

# JAHRESBERICHT 2024

## BERATUNGSNETZWERK HESSEN

herausgegeben vom Demokratiezentrum Hessen



# IMPRESSUM

Jahresbericht 2024 des Beratungsnetzwerks  
Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen  
Rechtsextremismus

V.i.S.d.P. / Redaktion: Dr. Reiner Becker,  
Gamze Damat, Gerolf Nittner

herausgegeben vom:  
Demokratiezentrum Hessen  
im Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam  
für Demokratie und gegen Rechtsextremismus  
Wilhelm-Röpke-Str. 6 A  
35032 Marburg  
Tel.: 06421 - 28 21 110  
E-Mail: [kontakt@beratungsnetzwerk-hessen.de](mailto:kontakt@beratungsnetzwerk-hessen.de)  
Web: [www.beratungsnetzwerk-hessen.de](http://www.beratungsnetzwerk-hessen.de)

Wir bedanken uns bei allen Autorinnen und  
Autoren außerhalb des Marburger Demokratie-  
zentrums für ihre Beiträge!

## Hinweise:

Die einzelnen Veröffentlichungen stellen keine  
Meinungsäußerung des Bundesministerium für  
Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend  
(BMBFSFJ) oder des Bundesamts für Familie und ziv-  
ilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) bzw. des Hes-  
sischen Ministeriums des Innern, für Sicherheit und  
Heimatschutz (HMdI) dar. Für inhaltliche Aussagen  
und Meinungsäußerungen tragen tragen die Verfasser:  
innen selbst die Verantwortung.

Alle Textinhalte liegen ausdrücklich in der Verant-  
wortlichkeit der jeweiligen Autorschaft, das gilt vor  
allem für die namentlich gekennzeichneten Beiträge  
(wie im Kapitel „Aus der Praxis“). Gleiches gilt auch  
für die Verwendung von geschlechtersensibler Spra-  
che bzw. deren ggf. deren nicht einheitliche forma-  
le Kennzeichnung (Unterstrich, Sternchen, Doppel-  
punkt, Schrägstrich etc.). Wir haben dazu bewusst  
keine Vorgaben gemacht, weil wir der Ansicht sind,  
dass es jedem und jeder freigestellt sein sollte, ob  
und wie er bzw. sie diese Thematik berücksichtigen  
und ausdrücken möchte. Eine einheitliche, verbindli-  
che Sprachregelung existiert derzeit nicht.

Gestaltung und Layout:  
Heilmeyer und Sernau Gestaltung, Berlin

Gestaltung Beratungsnetzwerk-Logo:  
KOMPAKTMEDIEN – Agentur für  
Kommunikation GmbH

Bildnachweise:  
S. 6: B\_Me © pixabay  
S. 9: anne-nygard © unsplash  
S. 32: Nicolas Lobos © unsplash  
S. 35: cherylt23 © pixabay  
S. 47: blickpixel © pixabay  
S. 49: Peter Jülich © Demokratiezentrum  
S. 53: geralt © pixabay  
S. 59: Eukalyptus © pixabay  
S. 61: tofiqu-barbhuiya © unsplash  
S. 65: ninita © pixabay

alle übrigen Bilder, Skizzen, Tabellen und Grafiken  
(sofern nicht anders gekennzeichnet):  
Demokratiezentrum Hessen, Marburg © 2025

Diesen Jahresbericht können Sie sich auch auf  
unserer Webseite [https://beratungsnetzwerk-  
hessen.de/infos-presse/jahresberichte/](https://beratungsnetzwerk-hessen.de/infos-presse/jahresberichte/) als PDF-  
Dokument herunterladen.

# Inhaltsverzeichnis

IMPRESSUM .....	2
1. VORWORT .....	5
2. WER WIR SIND .....	6
Über das Beratungsnetzwerk und das Demokratiezentrum Hessen .....	7
3. DAS JAHR IN ZAHLEN 2024: WACHSENDE BEDARFE, KOMPLEXE HERAUSFORDERUNGEN .....	9
4. DAS JAHR 2024 FÜR DIE RECHERCHE- UND INFORMATIONSTELLE ANTISEMITISMUS HESSEN (RIAS HESSEN) .....	29
5. SCHWERPUNKTTHEMA: GEFAHREN DIGITALER RADIKALISIERUNG .....	32
Wie auf TikTok & Co. extremistische Propaganda gemacht wird und was man dagegen tun kann .....	33
6. AUS DER PRAXIS .....	38
6.1 Mobiles Beratungsteam Hessen (MBT) – Regionalstellen Nord- und Osthessen des Beratungsnetzwerks Hessen in Kassel und Fulda .....	39
6.2 Regionalstelle Süd des Beratungsnetzwerks Hessen, Darmstadt .....	41
6.3 „response.“ – Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt .....	42
6.4 „Rote Linie“ – Pädagogische Fachstelle Rechtsextremismus .....	43
6.5 „Jetzt! e. V.“ – Verein für Beratung, Coaching und Bildung – aktiv für Demokratie .....	45
6.6 Projekt „Zusammenleben neu gestalten“ der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik (DeGeDe) .....	46
7. WAS GAB ES 2024 NEUES IM DEMOKRATIEZENTRUM UND IM BERATUNGSNETZWERK HESSEN? .....	47
7.1 Buch „Lessons learnt - Die rechtsterroristischen Anschläge von Halle und Hanau“ .....	48
7.2 Erfolgreiche Premiere des Studiengangs „Beratung im Kontext Rechtsextremismus“ an der Uni Marburg .....	49
7.3 Fachtag „Rechtsextremismus und Demokratiegefährdung – Herausforderungen für Arbeitsfelder der Pädagogik, Beratung und Sozialen Arbeit“ im November 2024 in Marburg .....	50
7.4 Podcast-Reihe „Extreme Zeiten“ des Demokratiezentrum stößt weiterhin auf gute Resonanz .....	51
7.5 Leih-Ausstellung „RECHTSaußen – MITTENDrin“ und Poster-Alternative 2024 stark nachgefragt .....	51
7.6 Publikationen .....	52
7.6.1 Ausführlicher Jahresbericht 2023 mit statistischen Zahlen und Überblick über Aktivitäten und Arbeiten des Netzwerks .....	52
7.6.2. Weitere Ausgaben der Zeitschrift „Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit“ .....	53

# 1. VORWORT



Wieder ein Jahr mit neuen Rekordzahlen: 332 neue Beratungen und 215 Anfragen an die Beratungsteams für Workshops und Fortbildungen. Ein Indikator dafür, wie angespannt die Lage wegen der mannigfaltigen gesellschaftspolitischen Entwicklungen und Krisen ist? Sicherlich. Gleichzeitig sind die Zahlen für uns auch immer wieder ein Indiz dafür, dass sich Menschen in unterschiedlichen Institutionen und Organisationen vielerorts in Hessen für Demokratie und gegen Rechtsextremismus engagieren möchten und hierfür Unterstützung suchen.

Für unsere Teams in der Opfer- und Betroffenen-, in der Mobilen- und in der Distanzierungsberatung stellen diese Anfragen nahezu täglich enorme fachliche und auch persönliche Herausforderungen dar: Kein „Fall“ ist wie der andere und bei allem Fach- und Erfahrungswissen gilt es, dass sich die Kolleginnen und Kollegen empathisch und offen mit den jeweiligen Fragen und Bedarfen auseinandersetzen – das ist ihr Alltag. Daneben ist in angespannten Zeiten immer wieder in politischen Sonntagsreden davon zu hören, dass es nun Zeit sei, „Haltung zu zeigen“: oft nach Wahlen oder nach bundesweit beachteten Vorfällen mit rechtsextremistischen Hintergrund. Doch was tragen diese Appelle tatsächlich aus? Ich fürchte, leider zu wenig: Denn schon lange liegen die Befunde auf dem Tisch, dass eine gelingende Präven-

tionsarbeit nicht nur punktuell, sondern als fester Bestandteil in den Regelstrukturen (Schule, Jugend- und Verbandsarbeit usw.) erfolgen sollte. Hinzu kommt, dass die Unsicherheit, ob und wie die Beratungsarbeit durch die Förderung durch Bundes- und Landesprogramme überhaupt weitergeht: Haushalts-sperren, nicht verabschiedete Haushalte, schließlich eine geplatzte Koalition ließen bis nahezu zum Jahresende 2024 offen, ob die Beratungsangebote eine Zukunft haben. Ein Dreieck besonders hoher Anforderungen: Steigende Beratungsanfragen, symbolische Sonntagsreden und eine bisher größtmögliche Unsicherheit, ob Förderprogramme fortgesetzt werden. Es bleibt somit weiterhin die Frage offen, unter welchen stabilen und verlässlichen Strukturen die Beratungsarbeit künftig erfolgt. Und für die große Frage nach der Zukunft der Demokratie sollten wir uns mit Appellen nach mehr Haltung allein nicht begnügen: „Haltung zeigen“ hat etwas mit Handlung zu tun und ein jedes Engagement, das uns noch so klein und unbedeutend scheint, zahlt in das vielfältige Mosaik eines demokratischen Zusammenlebens ein. Jede der Beratungsanfragen zeugt auch davon, dass Menschen Haltungen zeigen und ins Handeln kommen wollen.

Es stimmt auch hoffnungsfroh, dass sich der Bund und das Land – auch als Konsequenz der gesellschaftlich angespannten Situation – weiter finanziell stark engagieren.

Ich wünsche Ihnen eine erkenntnisreiche Lektüre unseres Jahresberichts. Wie immer gilt mein herzliches Dankeschön allen ehrenamtlich Engagierten und den zahlreichen Kolleginnen und Kollegen, unseren Partnern und Förderern von Bund und Land und auch sehr meinem Team des Demokratiezentrum in Marburg.

*Dr. Reiner Becker, Leiter des Demokratiezentrum  
Hessen im Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam  
für Demokratie und gegen Rechtsextremismus*

<b>8. VERNETZUNG – AUSTAUSCH – WEITERENTWICKLUNG</b>	54
8.1 Regelmäßige Vernetzungstreffen	55
8.2. Austausch bei Treffen der Mobilen Beratungsteams	56
8.3 Qualitätszirkel-Treffen für die Weiterentwicklung	56
8.4 Treffen der Lenkungsgruppe – Strategie und Zukunftsfragen	57
8.5 Treffen der „Partnerschaften für Demokratie“	57
8.6 Modulare Weiterbildungen sichern Professionalität	58
<b>9. FINANZIERUNG</b>	59
<b>10. PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT</b>	61
<b>11. ANHANG</b>	65
Die Mitglieder des Beratungsnetzwerks Hessen / Expertenpool	66

## 2. WER WIR SIND

### ÜBER DAS BERATUNGSNETZWERK UND DAS DEMOKRATIEZENTRUM HESSEN

Wie kann man Rechtsextremismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Rassismus und generell Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit wirkungsvoll begegnen, wie kann man Betroffenen helfen und wie kann man diesen Phänomenen vorbeugen und unser vielfältiges, friedliches Miteinander stärken? Diese Fragen beschreiben das zentrale Aufgabengebiet des „Beratungsnetzwerks Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“. Denn rechtsextreme Stimmungen an Schulen, rassistische oder verschwörerische Parolen am Stammtisch, am Arbeitsplatz, im Verein oder im privaten Umfeld, Neonazis im Jugendclub, antisemitische Schmierereien, zunehmende Hasstiraden im Internet, Anfeindungen gegen Geflüchtete, Bedrohungen gegenüber lokalpolitisch Verantwortlichen und ähnliche Vorfälle gehören zum Alltag in vielen deutschen Kommunen. Auch in Hessen. Um solche Konflikte angemessen bewältigen zu können, bietet das „Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ professionelle Beratungshilfe an. Seit 2007 berät es hessenweit Schulen, Eltern und Familienangehörige, Kommunen, Vereine und andere Hilfesuchende in Fällen wie oben und bietet umfangreiche präventive Hilfe und Bildungsmaßnahmen zur Stärkung der demokratischen Kul-

tur an. Die Beratung ist professionell, qualifiziert, individuell zugeschnitten, vertraulich und kostenlos. Im Beratungsnetzwerk Hessen kooperieren zahlreiche relevante staatliche, nichtstaatliche und kirchliche Institutionen, Organisationen, Vereine, öffentliche und freie Träger aus ganz Hessen sowie landesweit eingesetzte mobile Beraterinnen und Berater.

Dieser kooperative „Expertenpool“ besteht aus derzeit 54 Mitgliedern – von der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen, dem Landesverband der jüdischen Gemeinden, dem Landesverband Hessen Deutscher Sinti und Roma, der hessischen Jugendfeuerwehr und verschiedenen Ministerien bis zur Sportjugend oder den Kirchen. Die eigentliche Beratungsarbeit vor Ort übernehmen derzeit 49 qualifizierte mobile Beraterinnen und Berater.

Zentrale Anlauf-, Fach- und Geschäftsstelle des Beratungsnetzwerks ist das Demokratiezentrum Hessen, das an der Philipps-Universität Marburg (Fachbereich Erziehungswissenschaften) angesiedelt ist. Es vermittelt die Ansprechpartner vor Ort, koordiniert Beratung, Vernetzung sowie Bildungs- und Präventionsmaßnahmen und dokumentiert die Arbeit des Beratungsnetzwerks Hessen.

Die Aufgabenbereiche des Demokratiezentrums Hessen im Jahr 2024 skizziert die folgende Darstellung:

#### Die Träger im Beratungsnetzwerk 2024 – gefördert durch das Demokratiezentrum Hessen

##### Mobile Beratung

- ▶ **Regionalstelle Nord:** Mobiles Beratungsteam gegen Rassismus und Rechtsextremismus – für demokratische Kultur in Hessen e. V. (MBT), Kassel
- ▶ **Regionalstelle Ost:** Mobiles Beratungsteam gegen Rassismus und Rechtsextremismus – für demokratische Kultur in Hessen e. V. (MBT), Fulda
- ▶ **Regionalstelle Süd:** Büro Darmstadt, Träger: jetzt! e. V.
- ▶ **Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik (DeGeDe)**, Frankfurt
- ▶ **Jetzt!** Verein für Beratung, Coaching und Bildung – aktiv für Demokratie e. V.

##### Opfer- und Betroffenenberatung

- ▶ **response** – Beratung für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt

##### Distanzierungsberatung

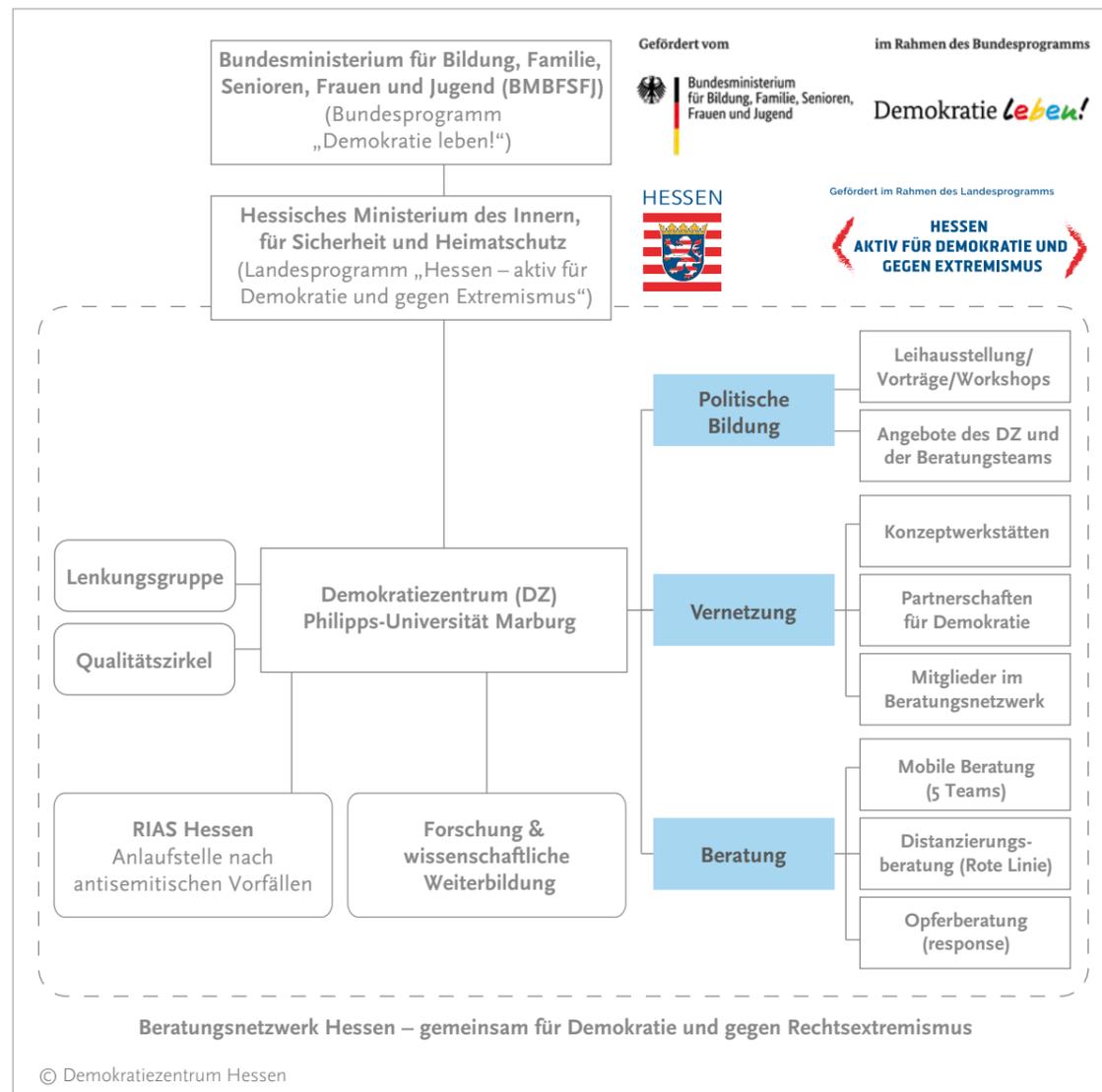
- ▶ **Rote Linie** – Pädagogische Fachstelle Rechtsextremismus

Zudem gibt es derzeit drei Regionalstellen: 2015 wurde eine Regionalstelle Nord-/Osthessen beim Mobilien Beratungsteam Hessen (MBT) in Kassel eingerichtet sowie 2016 die Regionalstelle Süd, die seit Sommer 2021 in der Trägerschaft von „Jetzt! Verein für Beratung, Coaching und Bildung – aktiv für Demokratie e. V.“ in Darmstadt arbeitet. Seit 2022 gibt es zudem eine eigene, ebenfalls in der Verantwortung des MBT Hessen arbeitende Regionalstelle für Osthessen in Fulda. Mittelfristig geplant ist eine weitere Regionalstelle für Westhessen.

Finanziert wird die Arbeit des Beratungszentrums und des Demokratiezentrum Hessen durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) sowie das Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ (beim Hessischen Ministerium des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz).

Internetadresse: <https://beratungszentrum-hessen.de/>

**Aufbau und Strukturen des Beratungszentrums Hessen und die beteiligten Institutionen und Zuständigkeiten zeigt das folgende aktuelle Organigramm (Stand: 2024):**



# 3. DAS JAHR IN ZAHLEN 2024: WACHSENDE BEDARFE, KOMPLEXE HERAUSFORDERUNGEN

Die Zahl rechtsextremer Straftaten erreichte laut ersten Zahlen 2024 in Deutschland einen Höchststand<sup>1</sup>. Die Polizei verzeichnete demnach bundesweit allein bis Ende November vorigen Jahres 33.963 Delikte im Bereich „politisch motivierte Kriminalität – rechts“, was einen Anstieg um mindestens 17,3 Prozent gegenüber 2023 bedeutet.<sup>2</sup> Wenn auch nicht als direkte Folge der genannten Delikte, so doch als mögliches Indiz für die wachsende Aufmerksamkeit bei Vorfällen mit einem rechtsextremen Hintergrund, ist in Hessen der Bedarf an Bildungs- und Beratungsangeboten zur Demokratieförderung und zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus so hoch wie nie zuvor gewesen. Schulen, Universitäten, Behörden, aber auch Bürger\*innen in Kommunen und Gemeinden sind auf der Suche nach Antworten für die Gründe des derzeitigen gespannten politischen Klimas und auf Fragen wie: Warum entwickeln viele Jugendliche rechtsextreme Einstellungen? Wieso bekommen (kommunal)politisch Verantwortliche gehäuft Drohungen?

Neben Bildungseinrichtungen und zivilgesellschaftlich Engagierten stehen insbesondere Betroffene von Diskriminierung, Gewalt und Ausgrenzung vor altbekannten wie vor neuen Herausforderungen. Gleichzeitig engagieren sich viele Menschen auch weiterhin für Aufklärung und Dialog. Die rasante Entwicklung der Fallzahlen der letzten Jahre zeigt, dass die Notwendigkeit zur Beratung unübersehbar groß ist und eine stabile Handlungsfähigkeit immer erforderlicher wird, dass aber andererseits auch der klare Wille der Mehrheit der Bürger\*innen trotz aller Widerstände für eine demokratische und vielfältige Gesellschaft nach wie vor ungebrochen bleibt.

Mit insgesamt 54 Mitgliedern ziviler, kirchlicher und staatlicher Organisationen des Beratungsnetzwerks Hessen, 49 mobilen Berater\*innen sowie den 29 lokalen „Partnerschaften für Demokratie“ (Stand: März 2025)<sup>3</sup> gelang es auch im vergangenen Jahr 2024 in Hessen, ein breites Spektrum an Hilfesuchen und Anfragen im Bereich Rechtsextremismus und Demokratiestärkung bearbeiten zu können.

### Zum Beratungsnetzwerk Hessen

Ziel des Beratungsnetzwerks Hessen ist es, Hilfesuchende – betroffene Einzelpersonen, Schulen, Eltern, Familienangehörige, Kommunen und Vereine – in Fällen von Rechtsextremismus, Antisemitismus oder Rassismus kostenlos und aufsuchend zu beraten. Seit 2015 ist es außerdem zentrale Anlaufstelle für Fragen zur Prävention bzw. Demokratieförderung und Bildung bezüglich Rechtsextremismus und bietet dazu verschiedene Veranstaltungsformate an. Im Beratungsnetzwerk kooperieren zahlreiche staatliche, nichtstaatliche und kirchliche Institutionen, Organisationen, Vereine, öffentliche und freie Träger aus ganz Hessen sowie landesweit tätige mobile Beraterinnen und Berater, um gemeinsam rechtsextremistischen Bestrebungen zu begegnen und die Demokratie zu stärken. Als koordinierende Fach- und Geschäftsstelle fungiert das Demokratiezentrum Hessen, das an der Philipps-Universität Marburg angegliedert ist.

Gefördert wird die Arbeit des Beratungsnetzwerks und des Demokratiezentrums Hessen durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ und das Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“.

<sup>1</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/rechtsextreme-straftaten-106.html>, Abrufdatum: 31.03.2025

<sup>2</sup> Die abschließenden Zahlen werden voraussichtlich im Mai 2025 vom Bundeskriminalamt (BKA) vorgestellt.

<sup>3</sup> <https://hke.hessen.de/foerderprojekte/saeule-a/pfd>, Abrufdatum: 15.03.2025

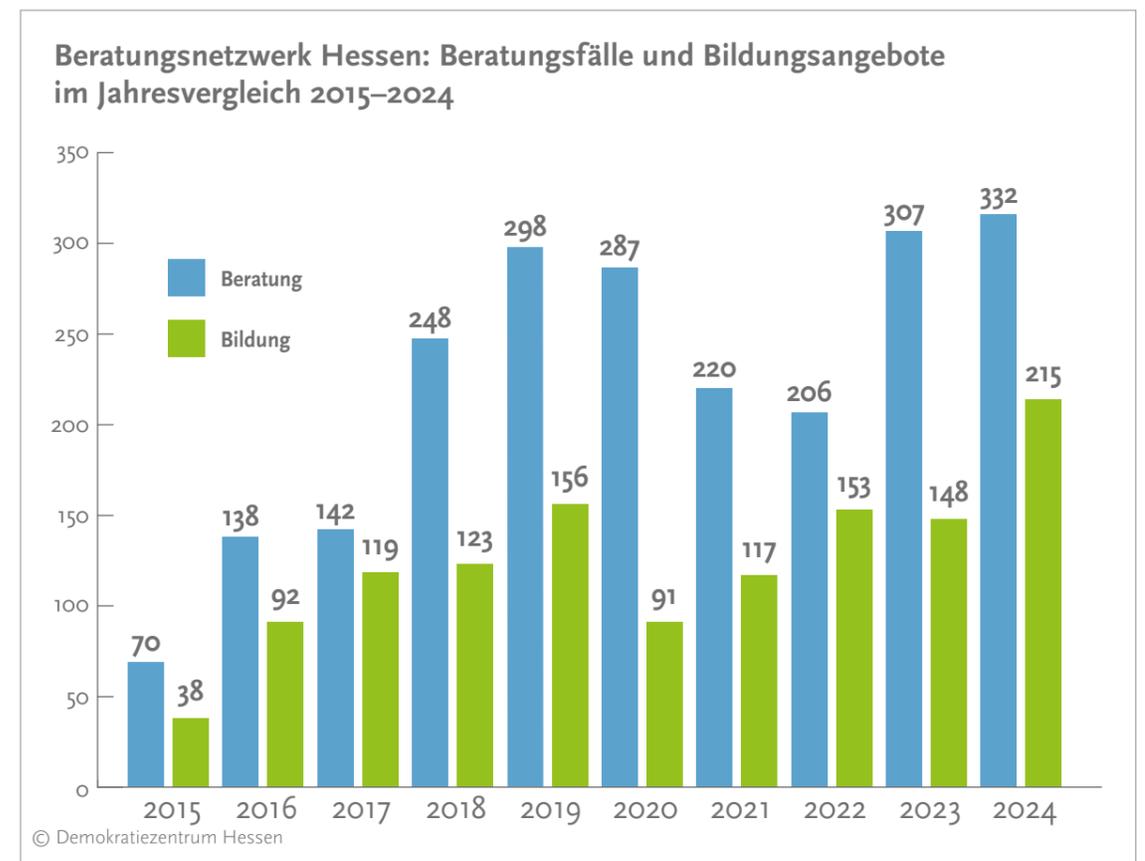


Abbildung 1: Beratungs- und Bildungsfallzahlen 2015–2024

Seit der Gründung des Netzwerks 2007 wurden bis Ende 2024 insgesamt 2.599 Beratungsfälle und 1.254 Bildungs- und Präventionsmaßnahmen<sup>4</sup> registriert.<sup>5</sup> Hinzu kamen zahlreiche Veranstaltungen (Vorträge, Workshops, Schulungen, Fachtage etc.) der lokalen „Partnerschaften für Demokratie“ (Pfd) in hessischen Kommunen, die ebenfalls ein zentraler Teil der Vernetzung in Hessen sind.

ge, Workshops, Schulungen, Fachtage etc.) der lokalen „Partnerschaften für Demokratie“ (Pfd) in hessischen Kommunen, die ebenfalls ein zentraler Teil der Vernetzung in Hessen sind.

<sup>4</sup> Dokumentierte Fälle von 2007–2024, zur besseren Vergleichbarkeit mit den anderen Tabellen werden in Abbildung 1 daher nur die absoluten Zahlen für Beratung und Bildung aus 2015 - 2024 dargestellt. Siehe für Zahlen vor 2024 vorherige Jahresberichte: <https://beratungsnetzwerk-hessen.de/infos-presse/jahresberichte/>, Abrufdatum 29.03.2025

<sup>5</sup> Nachträglich dokumentierte Fälle wurden rückwirkend in die Statistik mitaufgenommen.

### Zum methodischen Vorgehen

Der folgende Überblick über die Beratungs-, Bildungs- und Präventionsarbeit<sup>6</sup> des Beratungsnetzwerks im Jahr 2024 basiert auf der wissenschaftlichen Auswertung der fortlaufenden und anonymisierten Dokumentation aller Beratungs- und Bildungsprozesse durch das Demokratiezentrum Hessen. 2018 wurde das Verfahren zur Dokumentation von Beratungsfällen grundlegend überarbeitet: Das System wurde dem des Deutschen Jugendinstituts angepasst, das im Auftrag des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ bundesweit die Beratungsfälle erfasst und dokumentierte.

Die Beraterinnen und Berater erfassen und kategorisieren Beratungsfälle und Bildungsangebote nach eigenem standardisierten Verfahren und pflegen diese in eine einheitliche Datenbank ein. Da Rechtsextremismus ein dynamisches Feld ist und „idealtypische“ Fälle und Verläufe in der Praxis selten vorkommen, werden einige dieser Fälle unter „Sonstiges“ gefasst, da sie zwar Überschneidungen mit bestehenden Kategorien haben, aber keine eindeutig zutrifft. Um auch diese transparent zu machen, werden in diesem Bericht einige der Fälle exemplarisch genannt.

6 In der Vergangenheit wurde die Bildungstätigkeit für die zweite Aufgabensäule des Beratungsnetzwerks unter „Prävention“ zusammengefasst. Prävention meint in diesem Themenfeld den Versuch der Verhinderung rechtsextremer, menschenfeindlicher Einstellungen (und delinquenten Handlungen, z. B. bei Jugendlichen in der Distanzierungsarbeit). Ergänzt wurde dann der Begriff „Bildung“, der sowohl weit als auch enger gefasst werden kann. Politische Bildung z. B. geht über Wissensvermittlung hinaus, indem sie nicht nur Verhinderung anstrebt, sondern Aufklärung und Kritik fördert, die handlungsfähig machen soll. Beide Zugänge sind für das Feld wesentlich und der Kombinationsbegriff „Bildungs- und Präventionsarbeit“ erscheint angebrachter, da er die Betätigung und Angebote des Netzwerks eindeutiger und klarer bezeichnet, die in der Praxis nur z. T. einen nachweisbaren präventiven Charakter und „vorbeugende“ Funktion haben (können).

Hinweis zu den Zahlen: Die statistische „1“ steht für einen neuen Beratungsfall, d. h., es wurden im Jahr 2024 also 332 Beratungsprozesse begonnen, die tatsächliche Beratungsleistung ist aber deutlich höher, da Beratungen teilweise jahrelang fortgeführt werden. Dokumentiert wird ein Fallverlauf aber immer unter der gleichen Fallnummer, d. h., ein Fall z. B. aus 2022 taucht in der Statistik nicht mehr auf, ist aber Teil der Beratungsarbeit. Es wäre daher richtig, z. B. für 2024 von „332 neuen Beratungsfällen“ zu sprechen und nicht von 332 Fällen insgesamt.

### Deutlicher Anstieg der Gesamtfallzahl

Von 2015 bis 2024 wurden insgesamt 3.502 Beratungen, Bildungs- und Präventionsmaßnahmen durchgeführt, 2024 betrug die absolute Fallzahl 547. Außer ereignisbedingten und themenspezifisch erklärbaren Ursachen hat die stetige Fallzunahme in den vergangenen Jahren vor allem folgende Gründe:

1. Eine routinierte Koordination und Weiterleitung von Fallanfragen durch das Demokratiezentrum,
2. eine Verweisstruktur unter den Beratungsteams, aber auch durch Netzwerkpartner\*innen (z. B. durch die kommunalen DEXT-Stellen und durch die Partnerschaften für Demokratie), die bei Be-

darf ebenso auf die Beratungs- und Bildungsstruktur verweisen,

3. die Sichtbarkeit von Beratungsteams und ihrer Arbeit, die potenziellen Beratungsnehmer\*innen ermöglicht, sich direkt an sie zu wenden,
4. die ausdifferenzierten Angebote, die sowohl in Broschüren (z. B. in der Broschüre „extrem gut! Bildungsangebote gegen Menschenfeindlichkeit“) als auch auf Websites der jeweiligen Teams und des Demokratiezentrums transparent dargestellt sind,

5. die gewachsenen finanziellen Ressourcen, die gut für eine Erweiterung der Beratungs- und Bildungsarbeit genutzt werden konnten – exemplarisch für die Betroffenenberatung, die deutlich mehr Beratungen annehmen konnte,
6. die zunehmende Professionalisierung des Feldes, die die Berater\*innen und politische Bildner\*innen zu wichtigen Ansprechpartner\*innen für Kommunen, Behörden, Schulen, Eltern und Betroffene von Diskriminierung gemacht hat.

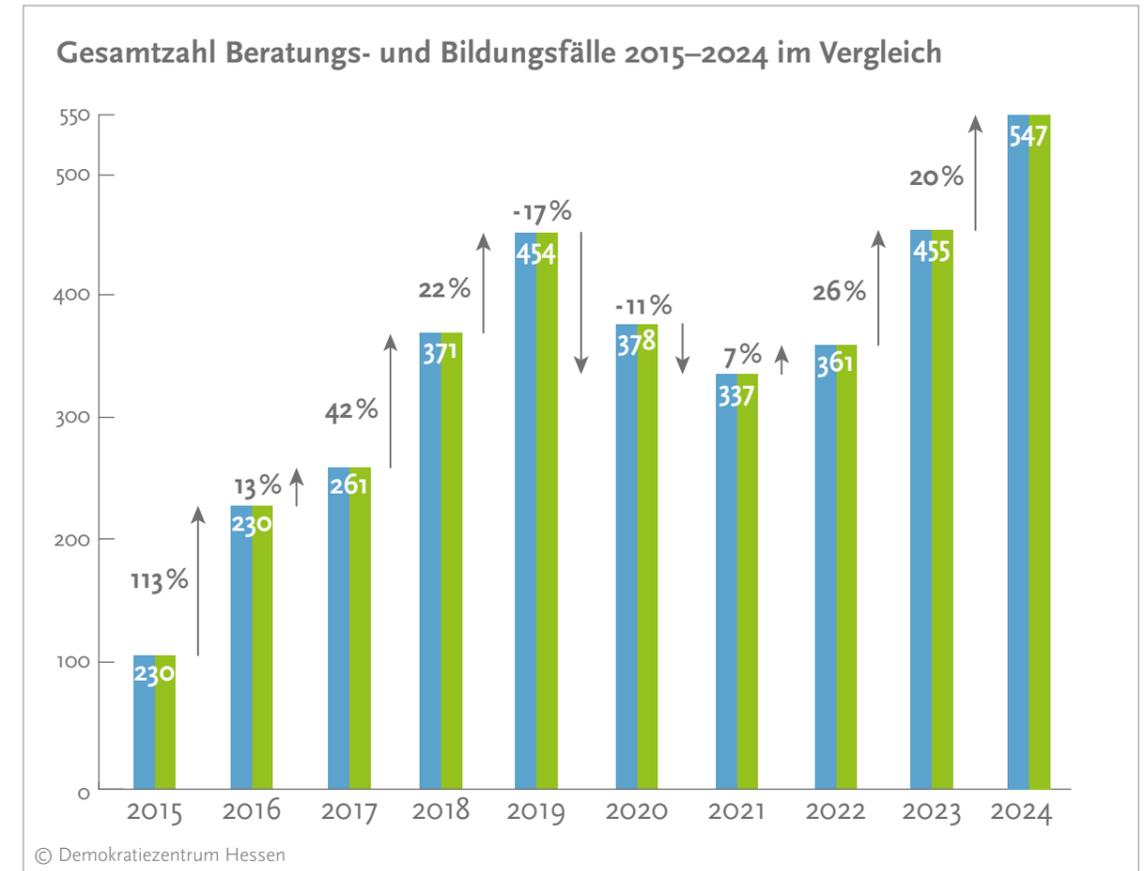


Abbildung 2: Fallzahlen der Beratungs- und Bildungsarbeit von 2015–2024 in absoluten Zahlen und prozentualem An- und Abstieg zum Vorjahresniveau (N=3502)

### 3.1 Beratung

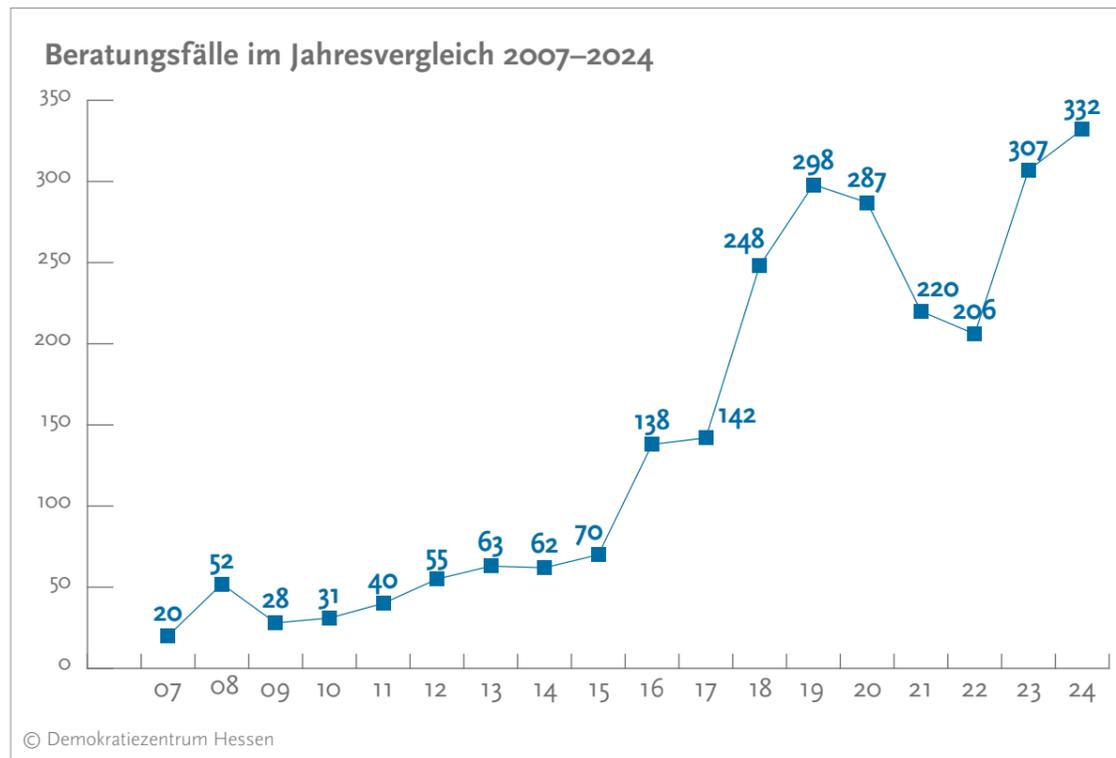


Abbildung 3: Beratungsfälle im Jahresvergleich 2015-2024

Nach dem langsamen Ausklang der Pandemiesituation und der partiellen Erhöhung der Beratungskapazitäten insbesondere bei der Opfer- und Betroffenenberatung hat das Jahr 2024 mit 332 Fällen den

Rekord des Vorjahres gebrochen (2023: 307) und somit die höchste Zahl neuer Beratungen seit Gründung des Beratungsnetzwerks erreicht.

#### 3.1.1 Exemplarische Fälle der Beratungsarbeit 2024

Die Beratungsbedarfe sind sehr unterschiedlich und umfassen eine große Spannweite gesellschaftlich akuter Problemlagen. Die folgenden Anfragen des letzten Jahres sollen dies exemplarisch illustrieren:

- Eine Person wird im Arbeitskontext kontinuierlich diskriminiert und erhält keinen Schutz durch Vorgesetzte. Sie entschließt sich, zu kündigen und die Situation juristisch zu klären. Da die Situation belastend ist, wünscht sich die beratungnehmende Person Begleitung und Austausch mit Berater\*innen.
- Ein\*e Jugendliche\*r fällt in der Schule mit rechtsextremen Äußerungen und Agitation auf, auch droht sie\*er den Mitschüler\*innen. Die Schule möchte aktiv werden und bittet das Beratungsnetzwerk um Unterstützung.

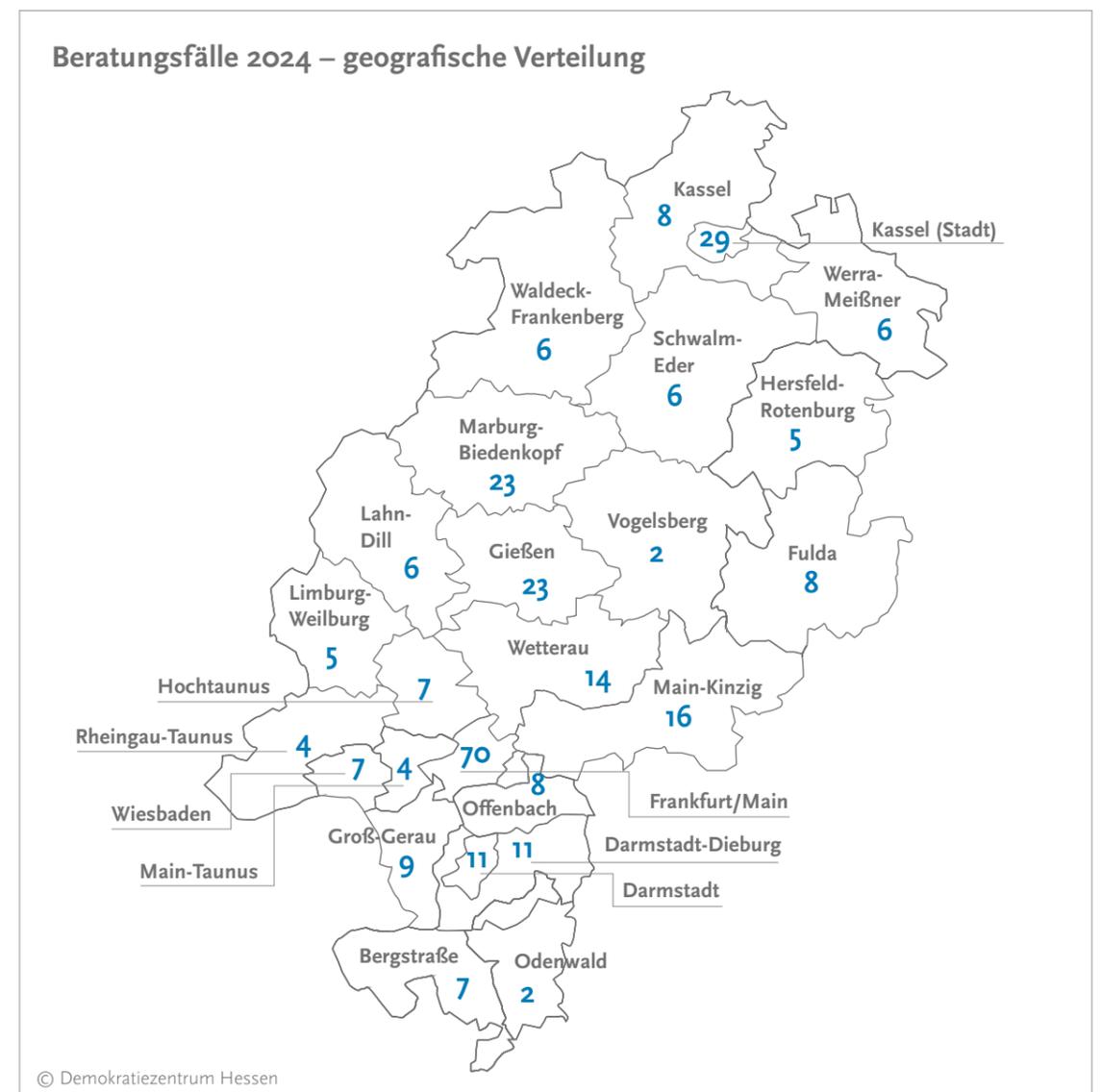
- Ein lokales Bürgerbündnis möchte sich „gegen rechts“ mobilisieren. Aber für den nachhaltigen Aufbau braucht es noch ein gemeinsames Leitbild. Eine Beratung soll dabei den Prozess begleiten.
- Eine Person erhält während der Arbeit anonyme Anrufe mit verschwörungsideologischen und rassistischen Äußerungen. Sie wünscht sich, dass sie durch eine Beratung mehr Handlungssicherheit erlangen kann.

Das sind nur einige von vielen unterschiedlichen Beispielen, warum sich Menschen 2024 an das Beratungsnetzwerk Hessen wandten. In allen Fällen ging es darum, den Hilfesuchenden vor Ort direkt, schnell, professionell und vertraulich sowie kostenfrei Rat und Unterstützung zu geben.

#### 3.1.2 Regionale Verteilung der Beratungen

Beratungsanfragen können von Hilfesuchenden direkt an die mobilen Beratungsteams gestellt werden oder werden vom Demokratiezentrum Hessen je nach regionaler und inhaltlicher Zuständigkeit an die jeweiligen Teams weitergeleitet. Wie auch in den letzten Jahren gab es 2024 viele Beratungsanfragen in Frankfurt, die hauptsächlich von „response – Beratungsstelle für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt“ beantwortet und bearbeitet worden sind. Diese waren auch in Kassel, im

Main-Kinzig-Kreis und in Marburg-Biedenkopf tätig. Das „Mobile Beratungsteam gegen Rassismus und Rechtsextremismus – für demokratische Kultur in Hessen e. V.“ (MBT Hessen) beriet hauptsächlich in Kassel (Stadt), und die pädagogische Fachstelle Rechtsextremismus „Rote Linie“ konzentrierte sich u. a. auf Mittelhessen. „Jetzt e.V. – Verein für Beratung, Coaching und Bildung“ beriet vorwiegend in Frankfurt und im Wetterauskreis.



Karte 1: Beratungsfälle 2024 pro Landkreis in absoluten Zahlen, 20 Fälle wurden aus Gründen des erweiterten Datenschutzes anonym behandelt, 15 landkreisübergreifend (N=332)

Auch der Kontext bezüglich der Ortsgröße wurde in der Fall-Dokumentation näher erfasst. Demnach fanden 2024, ähnlich wie im Jahr zuvor, die meisten Beratungen in einem mittelstädtischen, kleinstädtischen und großstädtischen Umfeld statt.

Auf welchen geografischen Kontext bezog sich die Beratung/Unterstützung überwiegend?	Anzahl
Mittelstadt (20.000 EW bis unter 100.000 EW)	73
Kleinstadt (5.000 EW bis unter 20.000 EW)	69
große Großstadt (ab 500.000 EW)	68
kleine Großstadt (100.000 EW bis unter 500.000 EW)	64
Landgemeinde (1.000 EW bis unter 5.000 EW)	21
anonym	11
(Land-)Kreis/Gemeindeverband	9
kreisgebietsübergreifend	9
bundesländerübergreifend	6
dörfliches Umfeld (200 bis 500 EW)	1
dörfliches Umfeld (500 bis 1.000 EW)	1

Tabelle 1: Verteilung der Beratungsfälle 2024 nach Ortsgröße (N=332)

### 3.1.3 Beratungsnehmer\*innen

Die Kategorien zur Erfassung und Dokumentation von Beratungsfällen ermöglichen auch einen detaillierteren Blick auf die Beratungsnehmerinnen und Beratungsnehmer. Demnach suchten 2024 hauptsächlich Betroffene<sup>7</sup> (2024: 114 Fälle = 29,2%; 2023: 87 Fälle = 24,4%) und öfter als im Vorjahr pädagogische Fachkräfte an allgemeinbildenden Schulen (2024: 43 Fälle = 11,0%; 2023: 41 Fälle = 11,5%) die Beratung auf, ebenso zivilgesellschaftliche Initiativen (2024: 33 Fälle = 8,5%; 2023: 23 Fälle = 6,5%).

<sup>7</sup> Durch die in der Angabe und Auswertung fehleranfällige Mehrfachnennung von Kategorien wurden alle Kategorien wieder getrennt ausgewertet, in diesem Fall „Betroffene“ und „Einzelpersonen ohne institutionellen Kontext“. „Betroffene“ meint Menschen, die z. B. von Diskriminierung betroffen sind.

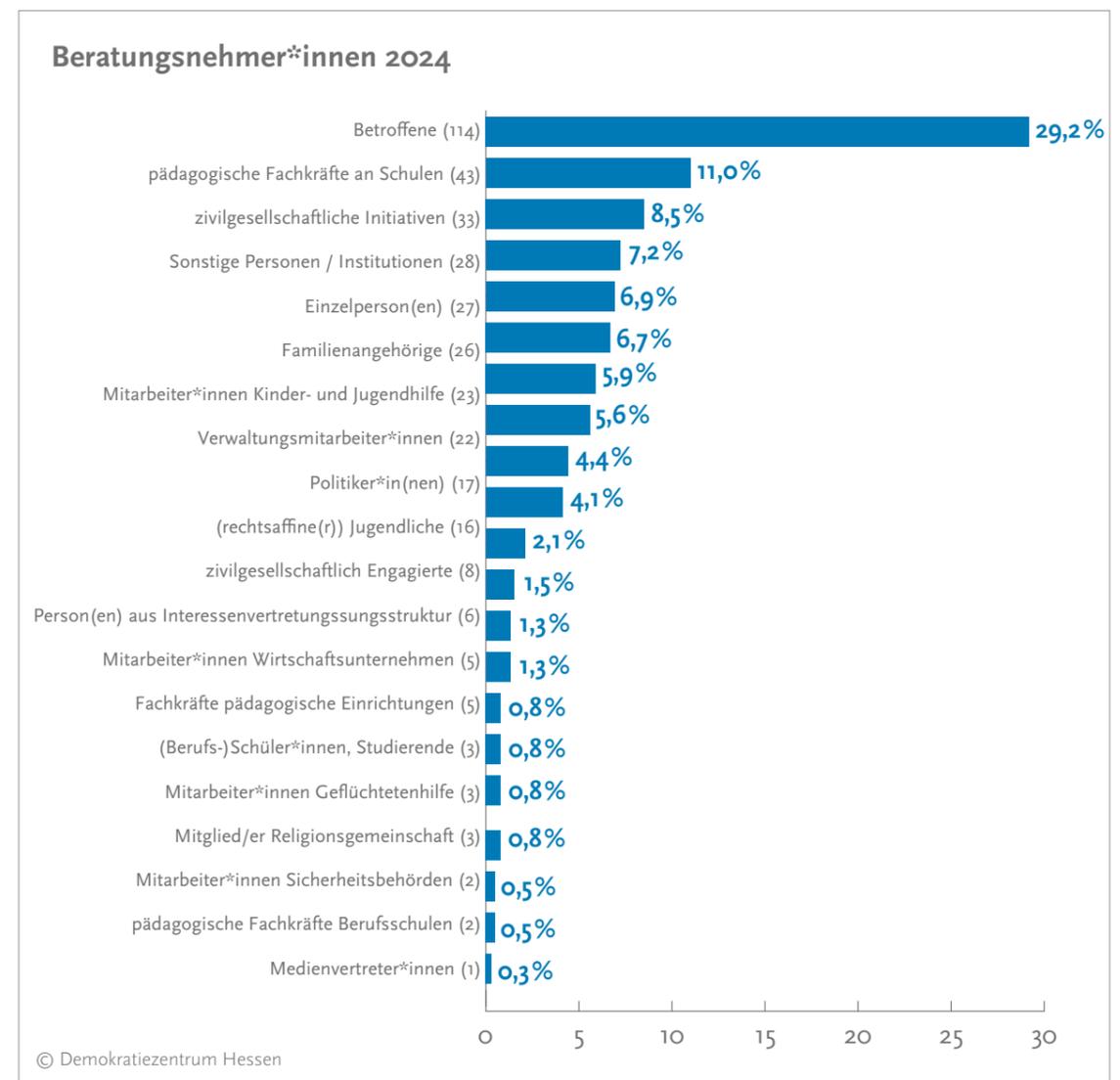


Abbildung 4: Wer wurde beraten? (Mehrfachnennungen möglich; N=390)

Auch die Beratungskontexte wurden erhoben, d. h., worauf bezog sich die Beratung überwiegend? Im Jahr 2024 wurden besonders Beratungen mit Bezug zum sozialen Nahraum<sup>8</sup> angefragt (2024: 69 Fälle = 20,4%; 2023: 57 Fälle = 18,6%), gefolgt vom Bereich Schule, dessen Beratungsanteil mit 57 Fällen 16,8% ausmacht (2023: 58 Fälle = 18,9%). Die Beratungen im Kontext kommunaler Politik und Verwaltung sind anteilmäßig etwas weniger geworden, aber in abso-

luten Fallzahlen zum Vorjahr gleichgeblieben (2024: 34 Fälle = 10,6%; 2023: 34 Fälle = 11,1%). Unter „anderer Bezug“ (29 Fälle = 10%) befinden sich überwiegend Fälle mit Bezug zum Gesundheitswesen und Sicherheitsbehörden.

Die folgende Übersicht illustriert die sehr breit gefächerte und heterogene Beratungslandschaft 2024:

8 Sozialer Nahraum = öffentliche Verkehrsmittel, Nachbarschaft, privates Wohnumfeld, nicht weiter spezifizierte Alltagszüge ohne institutionellen oder behördlichen Kontext.

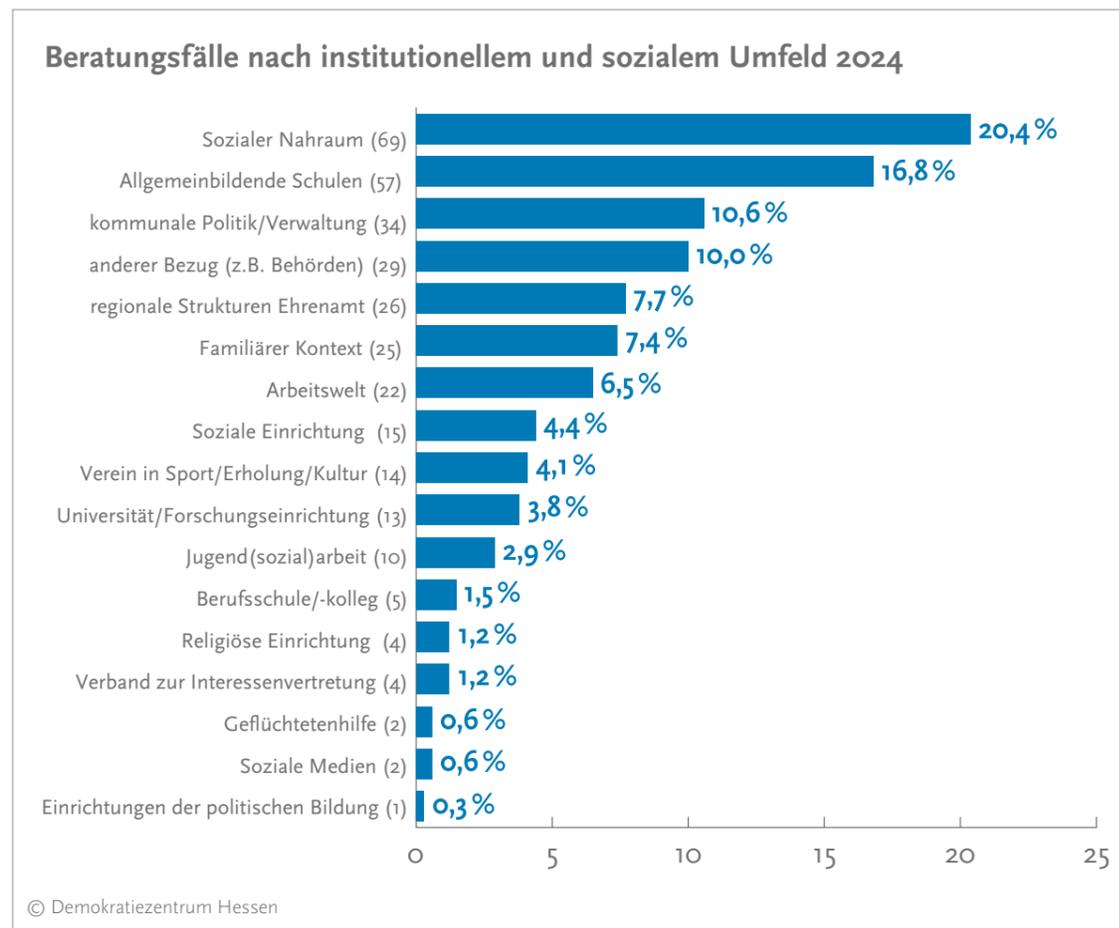


Abbildung 5: Institutioneller Bezug oder soziales Umfeld der Beratung (Einfachnennung; N=332)

### 3.1.4 Gründe und Anlässe der Beratung

Untersucht man die Anlässe für Beratungsanfragen näher, so können mithilfe des Dokumentationssystems zunächst unterschiedliche „Phänomenbereiche“ dargestellt werden, auf die sich die Beratung bezog. Es zeigt sich, dass 2024 erneut vor allem Vorfälle vor dem Hintergrund von Rassismus (2024: 149 Fälle = 30,2%; 2023: 143 = 31,1%) sowie Rechtsextremismus und Rechtspopulismus zu einer Beratung veran-

lasst haben, mit deutlichem Anstieg von Beratungen bzgl. Rechtsextremismus (2024: 147 Fälle = 29,8%; 2023: 87 Fälle = 18,9%). Antisemitismus ist als Beratungsanlass etwas zurückgegangen (2024: 26 Fälle = 5,3%; 2023: 33 Fälle = 7,2%)<sup>9</sup>, noch deutlicher Beratungsanfragen mit Bezug zu Islam- und Muslim\*innenfeindlichkeit (2024: 12 Fälle = 2,4%, 2023: 28 Fälle = 6,1%)<sup>10</sup>.

9 Der Bedarf an Beratung bei Betroffenheit von Antisemitismus ist in Hessen deutlich gestiegen, siehe dafür Beratungsstatistiken von OFEK e.V. Hessen: <https://ofek-beratung.de/materialien>, Abrufdatum: 31.03.2025

10 Auch hier zeigt die Statistik nur die Tätigkeit des Beratungsnetzwerks an, nicht den realen Bedarf.

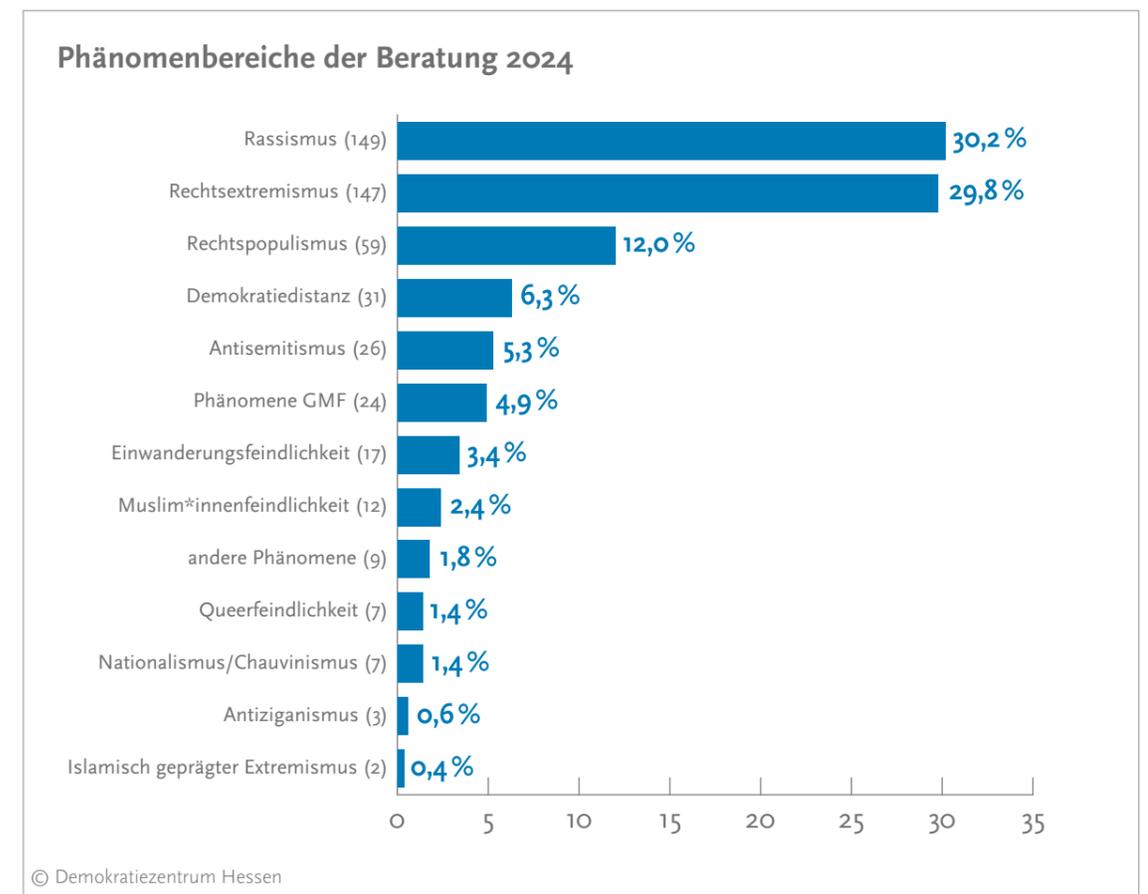


Abbildung 6: Phänomenbereich der Beratungsanfragen 2024 (Mehrfachnennungen möglich; N=492)

Rassismus, Rechtsextremismus und die anderen in obiger Grafik genannten Phänomene, auf die sich die Beratungen hauptsächlich bezogen, zeigen sich im Alltag auf vielfältige Weise. Entsprechend unterschiedlich waren auch die konkreten Themen bzw. Gegenstände, die zu einer Beratungsanfrage führten. Hier gab es drastische Veränderungen im Vergleich zum Vorjahr: Schon im Vergleich 2022 und 2023 war

eine erhebliche Zunahme des Gegenstandsbereichs Gewalt/Bedrohung erkennbar (2022: 57 = 20,5%; 2023: 108 = 27,1%). 2024 war Gewalt bereits bei 144 (= 35,0%) Beratungen ein Thema. Von 144 Beratungsfällen mit dem Gegenstand Gewalt wurden 86 mit der Kategorie Rassismus angegeben. Nicht nur war hier der Beratungsbedarf höher, sondern auch die Intensität beschriebener Gewalterfahrungen nahm zu.

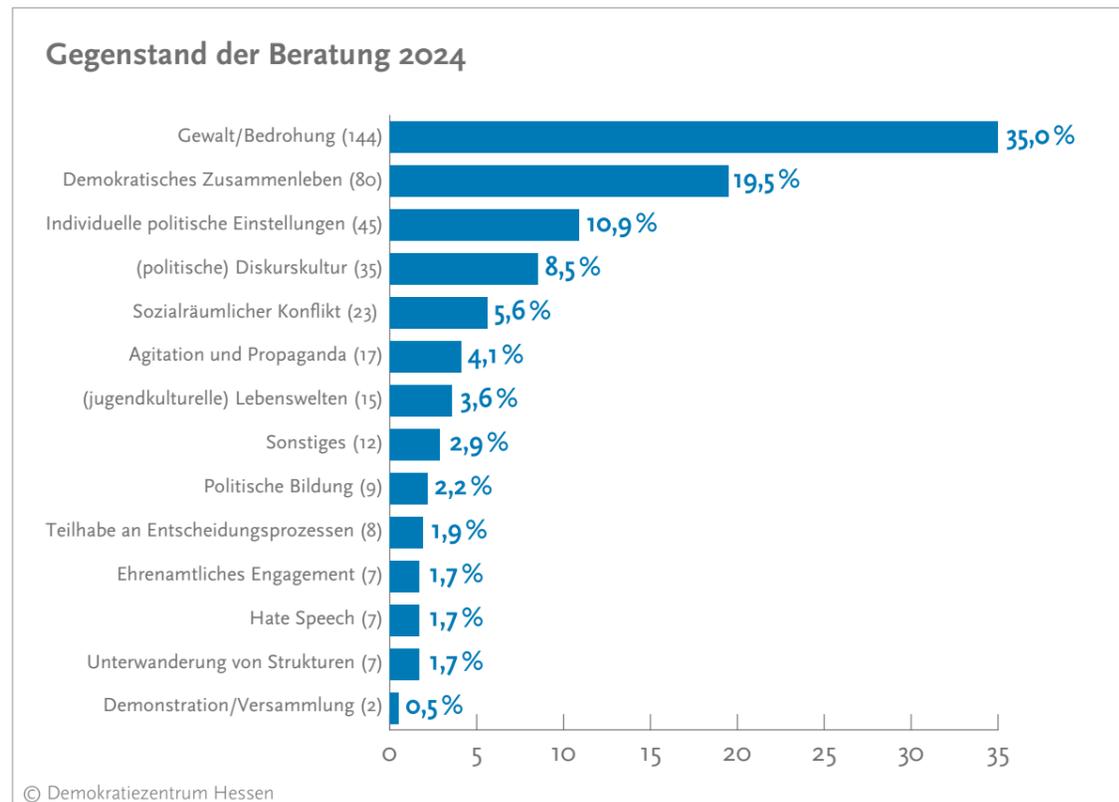


Abbildung 7: Hauptsächlicher Gegenstand der Beratungen 2024 (max. 2 Nennungen möglich; N=411)

### 3.1.5 Art der Beratungsleistungen

Die Beratungsarbeit ist sehr vielfältig. Die unterschiedlichen Beratungs- und Unterstützungsleistungen des Beratungsnetzwerks Hessen wurden auch für 2024 standardisiert erfasst und verdeutlichen, wie facettenreich das Spektrum der unterschiedli-

chen eingesetzten Methoden für eine gelingende Beratung ist – vom klassischen Beratungsgespräch über Recherchen, Coachings bis hin zu Organisationsentwicklungsprozessen; siehe dazu folgende Tabelle:

Art der Beratungs- und Unterstützungsleistung	Anzahl
Beratungsgespräch	232
Auskunft/Informationsvermittlung	108
Entwicklung von Handlungsstrategien	55
Verweisberatung	44
Durchführung von Fortbildungen/Workshops/Trainings/Schulungen	29
Recherche/Lageeinschätzung	19
Organisationsentwicklung (z.B. für Bürgerbündnisse/Netzwerke)	11
Projekt-/Maßnahmeentwicklung	8
Durchführung von/Teilnahme an Informations-/Aufklärungsmaßnahmen/-veranstaltungen (z.B. Vortrag, Fach-/Podiumsgespräch)	7
Coaching	5
Koordination und Vernetzung	5
(Konflikt-)Moderation	3
Öffentlichkeitsarbeit (z.B. Filmreihe) und Lobbying	3
Krisen-/Konfliktmanagement	2
Reflexion des Beratungs-/Unterstützungsprozesses	2
Sonstiges	2
	<b>535</b>

Tabelle 2: Art der Beratungs- und Unterstützungsleistungen und Angebote 2024 (Mehrfachnennungen möglich; N=535)

### 3.2 Bildungs- und Präventionsveranstaltungen

Während Beratungen anlassbezogen und prozessorientiert verlaufen, handelt es sich bei Bildungs- und Präventionsveranstaltungen oftmals um kurzzeitige, einmalige und in der Regel anlassunabhängige Angebote. So kann beispielsweise nach einem rechts-extremen Vorfall an einer Schule ein Fortbildungsworkshop für Lehrkräfte gezielt angefragt werden. Die Beratungsteams können aber auch direkt von den unterschiedlichen Zielgruppen für eine Veranstaltung angefragt werden, ohne dass ein konkreter Vorfall Anlass dafür sein muss.

Seitdem im Jahr 2015 explizit auch Bildungs- und Präventionsangebote in das Aufgabenfeld des Beratungsnetzwerks Hessen aufgenommen wurden, ist deren Anzahl, mit Ausnahme des coronabedingten Einschnitts in den Jahren 2020 und 2021, kontinuierlich gestiegen. So stieg zuletzt die Anzahl an durchgeführten Präventions- und Bildungsveranstaltungen innerhalb eines Jahres um 45,27% an.

- Ein Bürgerbündnis hat das Bedürfnis, seine Erfahrungen auszutauschen, und lädt dazu ein Team der mobilen Beratung ein.
- Führungskräfte eines Unternehmens möchten eine Schulung zum Thema Antisemitismus, damit sie bei antisemitischen Vorfällen besser reagieren können.

#### 3.2.2 Zielgruppen und Umfeld der Bildungs- und Präventionsveranstaltungen

Die hauptsächliche Zielgruppe bei den 215 Bildungsveranstaltungen waren Schüler\*innen und Berufsschüler\*innen (2024: 27 Fälle = 13%; 2023: 21 Fälle = 14%), Einzelpersonen und die interessierte Öffentlichkeit (2024: 25 Fälle = 12%; 2023: 24 Fälle = 16%), Lehrer\*innen (2024: 24, 11%; 2023: 15 Fälle, 10%), Sozialpädagog\*innen (2024: 22 Fälle = 10%; 2023: 13

Fälle = 9%) und Mitarbeiter\*innen verschiedener Arbeitskontexte (2024: 20 Fälle = 9%, 2023: 21 Fälle = 14%). Im Vergleich zum Vorjahr ist die deutliche Zunahme von Vorträgen, Workshops und Fortbildungen für Lehrkräfte, pädagogische Fachkräfte und / Sozialpädagog\*innen zu verzeichnen.

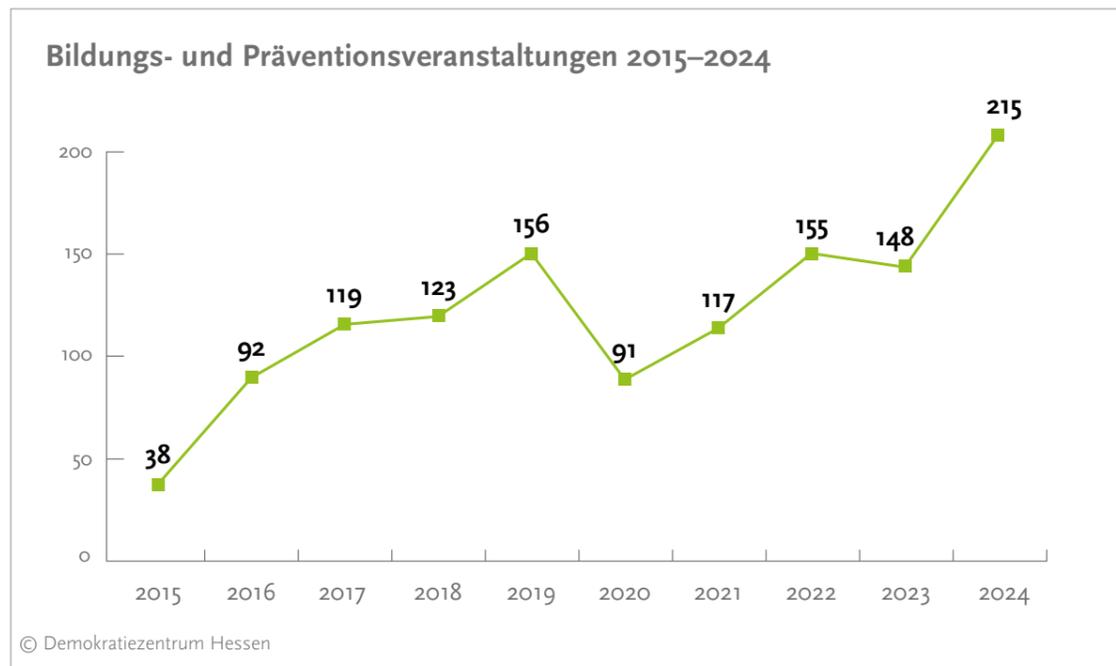


Abbildung 8: Starke Zunahme der Bildungs- und Präventionsveranstaltungen 2024

#### 3.2.1 Exemplarische Fälle der Bildungsarbeit

Ähnlich wie bei den Beratungsfällen zeigt sich auch bei den Bildungsveranstaltungen eine große Bandbreite der thematischen Nachfragen, die laut der Anfragen ans Netzwerk einem größeren Personenkreis in Form von Vorträgen, Workshops oder Podiumsgesprächen zugänglich gemacht werden sollten. Hier einige Beispiele:

- Eine Kommune in Hessen bemerkt vermehrt rechte Sticker und Graffitis in ihrer Ortschaft und

organisiert einen aufklärenden und sensibilisierenden Vortrag für die Bürger\*innen.

- Nach einer abgeschlossenen Beratung in einem Betrieb bittet der Träger um ein Argumentationstraining für die Belegschaft.
- Um die demokratische Haltung der Schüler\*innen zu stärken, bittet eine Schule um eine Fortbildung für das Kollegium, damit dieses sensibilisiert ist und unterstützend einwirken kann.



Abbildung 9: Zielgruppen der Bildungs- und Präventionsmaßnahmen, N=215

Die Erhebung des institutionellen und sozialen Kontextes der Bildungsveranstaltungen zeigt für 2024, dass es nahezu in allen Bereichen eine Steigerung der Fallzahlen gab. Allgemeinbildende Schulen führten deutlich mehr Veranstaltungen mit den Beraterinnen und Beratern durch als im Vorjahr (2024: 43 Fälle = 20%; 2023: 29 Fälle = 19,6%). Ebenso hat

sich die Zahl der Bildungs- und Präventionsmaßnahmen im Kontext des regionalen Ehrenamts verdoppelt (2024: 28 Fälle = 13%; 2023: 14 Fälle = 9,5%). Die Zahlen von Universitäten (2024: 23 Fälle = 10,7%, 2023: 20 Fälle = 13,5%) und kommunaler Politik/Verwaltung (2024: 22 Fälle = 10,2%; 2023: 20 Fälle = 13,5%) haben sich ebenfalls leicht erhöht.

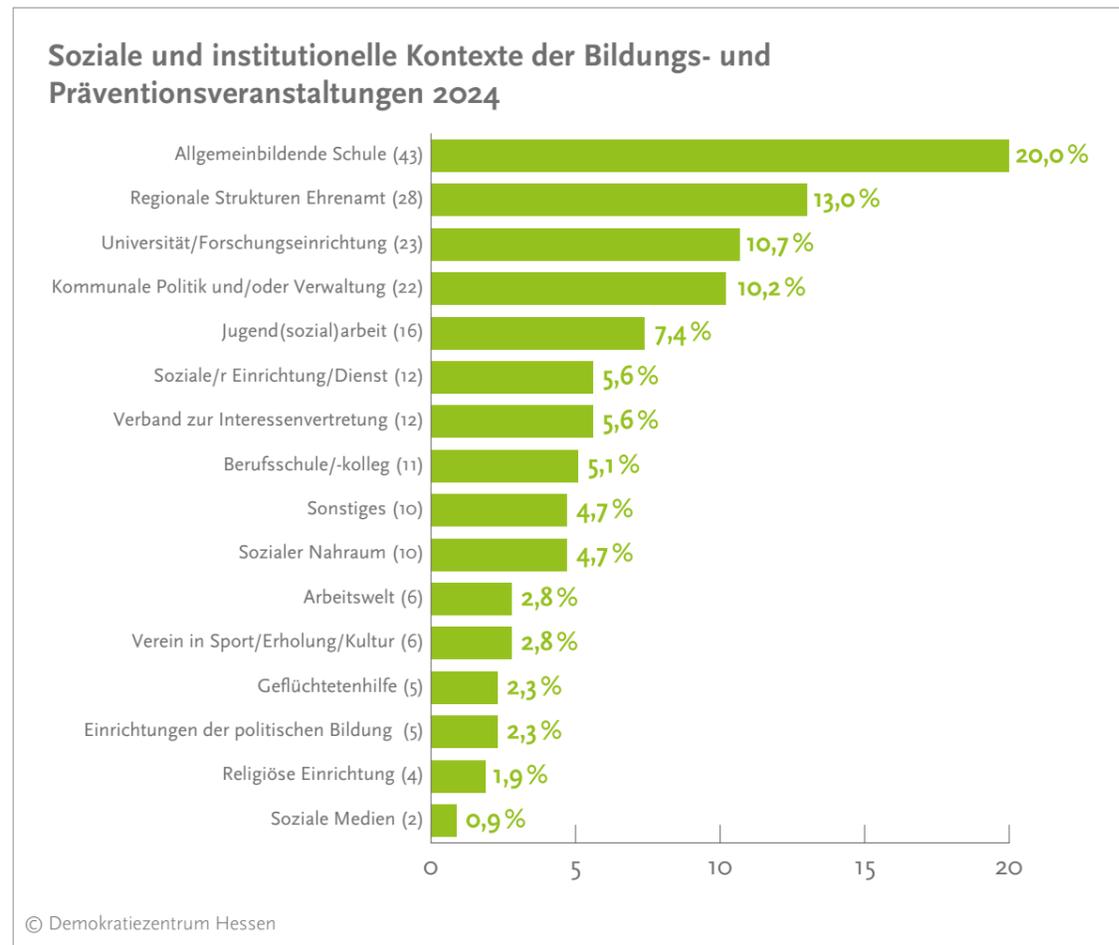


Abbildung 10: Institutionelles oder soziales Umfeld der Bildungs- und Präventionsveranstaltungen 2024 (N=215)

### 3.2.3 Art der Bildungs- und Präventionsveranstaltungen

Sowohl 2023 als auch 2024 wurden überwiegend Workshops, Schulungen und Fortbildungen durchgeführt (2024: 155; 2023: 87); im Vergleich zum Vorjahr ist die Anzahl an Veranstaltungen jedoch in al-

len Bereichen deutlich gestiegen. Besonders mit Workshops, Fortbildungen und Coachings konnten dadurch noch mehr Personen erreicht werden.

Formate der Bildungs- und Präventionsveranstaltungen	2023	2024
Workshop / Schulung / Fortbildung	87	155
Vortrag	37	42
(Podiums-)Diskussion, Fachgespräch	13	14
Sonstiges	11	4
	<b>148</b>	<b>215</b>

Tabelle 3: Bildungs- und Präventionsformate 2023 (N=155) und 2024 (N=148) im Vergleich, Einfachnennung

### 3.2.4 Themen der Bildungs- und Präventionsveranstaltungen

Vergleicht man die Themen der Bildungs- und Präventionsveranstaltungen aus den Jahren 2023 und 2024 (in der Säulengrafik unten in absoluten Zahlen), wird deutlich, dass die Themen Rechtsextremismus, rechtsextreme Codes und Lebenswelten sowie Handlungsstrategien und Argumentationstrainings gegen Rechtsextremismus eine erhöhte Nachfrage hatten. Zudem zeigt sich an der im

Vergleich zu 2023 mehr als doppelt so hohen Anfrage in 2024 nach Bildungsveranstaltungen zu den Themen „Demokratie und Partizipation“, dass der Wunsch nach Mitgestaltung gestiegen ist, weil Menschen sich nicht nur gegen etwas positionieren, sondern aktiv, gestaltend und handlungsorientiert für demokratische Werte eintreten wollen.

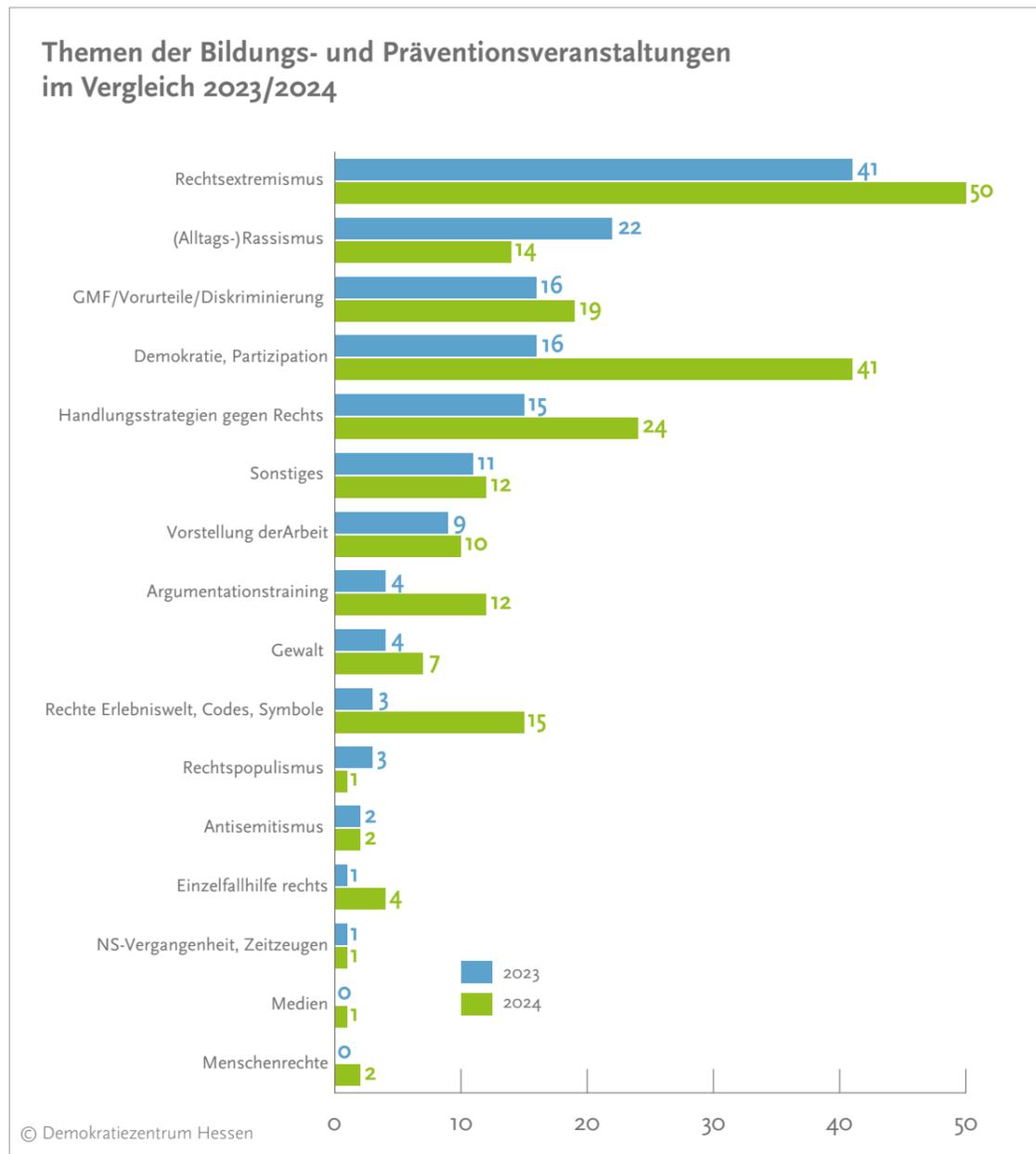


Abbildung 11: Phänomenbereich der Bildungs- und Präventionsveranstaltungen 2023 (N=148) und 2024 (N=215) im Vergleich, Einfachnennung

### 3.2.5 Regionale Verteilung nach Landkreisen

Die folgende Landkarte der Verteilung der Bildungs-, Informations- und Präventionsangebote 2024 zeigt, dass hessenweit nahezu flächendeckend Maßnahmen nachgefragt wurden. Viele davon (35) wurden landkreisübergreifend angefragt und bearbeitet, u.a. von

der „Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik e.V.“ (DeGeDe). Mehr als verdoppelt haben sich die Anfragen aus dem Odenwaldkreis (2024: 13; 2023: 6); dies ist auch auf die erhöhte Tätigkeit der Regionalstelle Süd zurückzuführen.



Karte 2: Verteilung der Bildungs- und Präventionsveranstaltungen nach Landkreisen 2024 (absolute Zahlen), 35 Bildungsveranstaltungen fanden landkreisübergreifend statt; der Ort einer Veranstaltung wurde anonymisiert.

Auch der geografische Kontext bezüglich der Ortsgröße wurde in der Dokumentation der Bildungs- und Präventionsveranstaltungen näher erfasst. Demnach fanden 2024, so wie auch die Jahre zuvor, die meisten Bildungs-, Informations- und Präventionsveranstaltungen in Mittelstädten statt. Auffällig war eine deutliche Zunahme an Veranstaltungen

in kleinen Großstädten (2024: 33; 2023: 23) sowie an kreisgebietsübergreifenden Formaten (2024: 27; 2023: 13). Zudem wurden Landgemeinden, die im Jahr 2023 nur mit vier Veranstaltungen erreicht wurden, im Jahr 2024 bereits mit 23 Veranstaltungen berücksichtigt.

Auf welchen geografischen Kontext bezog sich die Bildungs- und Präventionstätigkeit 2024 überwiegend?	Anzahl
Mittelstadt (20.000 EW bis unter 100.000 EW)	54
kleine Großstadt (100.000 EW bis unter 500.000 EW)	33
Kleinstadt (5.000 EW bis unter 20.000 EW)	31
kreisgebietsübergreifend	27
Landgemeinde (1.000 EW bis unter 5.000 EW)	23
große Großstadt (ab 500.000 EW)	22
(Land-)Kreis/Gemeindeverband	13
bundesländerübergreifend	11
dörfliches Umfeld (500 bis 1.000 EW)	1
dörfliches Umfeld (500 bis 1.000 EW)	1

Tabelle 4: Verteilung der Bildungs- und Präventionsveranstaltungen 2024 nach Ortsgröße

## 5. DAS JAHR 2024 FÜR DIE RECHERCHE- UND INFORMATIONSTELLE ANTISEMITISMUS HESSEN (RIAS HESSEN)

RIAS Hessen arbeitet insbesondere seit dem islamistischen Terrorangriff auf Israel am 7. Oktober 2023 auf Hochtouren. Die jüdische Community, israelolidarische Gruppen und Personen sowie antisemitismuskritische Einrichtungen sehen sich mit mangelnder Empathie, Relativierungen und verbalen wie realen Angriffen konfrontiert. Der stetige Austausch mit den jüdischen Gemeinden und jüdischen Gruppen ist daher noch wichtiger geworden für RIAS Hessen.

2023 hatte RIAS Hessen 528 Vorfälle verzeichnet, davon 338 aus den Wochen zwischen dem 7.10. und dem 31.12.2023. 2024 zeigte, dass diese antisemitische Welle überhaupt nicht abebbte. Bedrohungen, physische Angriffe, Versammlungsgeschehen, Sticker und Graffiti – Antisemitismus ist Alltag in Hessen. Besonders sichtbar wurde die Verschränkung von israelbezogenem Antisemitismus mit sogenann-

tem Post-Shoah-Antisemitismus – etwa durch Angriffe auf die Erinnerungskultur rund um die Shoah. Antisemitismus ist in allen Milieus und gesellschaftlichen Schichten existent, und dies muss anerkannt werden, um dem Phänomen präventiv entgegenzutreten. Die Fallzahlen stiegen 2024 signifikant – ihre Auswertung sowie Kommentierung durch jüdische Persönlichkeiten sind aktuell auf der Website von RIAS Hessen nachzulesen ([▶ www.rias-hessen.de](http://www.rias-hessen.de)).

Die Begegnungen und der Austausch mit Kolleginnen und Kollegen der anderen zehn RIAS-Stellen im Bundesgebiet sind wichtig. Neben etlichen AGs treffen sich alle Stellen drei Mal jährlich, und Ende Oktober 2024 organisierte RIAS Hessen die Sitzung mit knapp 40 Teilnehmenden in Kassel in Kooperation mit dem Sara Nussbaum Zentrum. Es geht um Qualitätssicherung und gemeinsame Standards.



Foto von der Ausstellungseröffnung in Gießen im November 2024.

Foto: © conceptdesign/RIAS Hessen

RIAS Hessen veranstaltete Workshops, Austauschformate und organisierte Sitzungen der „Konzeptwerkstatt Antisemitismus Hessen“. Dort tauschen sich Einrichtungen aus: vom Jüdischen Museum Frankfurt über die Bildungsstätte Anne Frank bis zu Spiegelbild e.V. oder Zusammen1/Makkabi. Gemeinsam werden antisemitismuskritische Positionen formuliert.

Seit Ende Mai 2024 ist die Ausstellung von RIAS Hessen „Ja, DAS ist Antisemitismus! Jüdische Erfahrungen in Hessen“ auf Tour. 2024 war sie an den Universitäten Marburg und Gießen, im Gießener Rathaus, auf einem Campus der Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit (HöMS) und im Rahmen der Jüdischen Kulturwochen Hanau zu sehen. Über Bildergeschichten werden authentische antisemitische Vorfälle vorgestellt, um zu zeigen, was diese Erfahrungen anrichten können und wo Betroffene Hilfe, Unterstützung und Solidarität erfahren.

Die Leiterin von RIAS Hessen, Dr. Susanne Urban, hielt mehr als zwölf Vorträge, u.a. in Israel, auf einer Konferenz der Bildungsabteilung des Zentralrats der Juden in Deutschland und in der ehemaligen Synagoge Wuppertal. RIAS-Mitarbeiterin Leonie Nützl präsentierte die Arbeit von RIAS Hessen u.a.

in der ehemaligen Landsynagoge Roth. RIAS Hessen konzipierte einen Workshop zu Antisemitismus, der bereits an der Philipps-Universität Marburg und der Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit durchgeführt wurde.

Last but not least ist der Austausch mit dem Hessischen Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE) am Hessischen Ministerium des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz zu nennen, der mit gegenseitigem Respekt in regelmäßigen Abständen geführt wird. Dies gilt auch für Gespräche mit der Antisemitismusbeauftragten der Justiz in Hessen, Christina Kreis, oder dem Beauftragten gegen Antisemitismus des Landes Hessen, Uwe Becker, und weitere Ministerien.

Die Kooperationen mit OFEK Hessen e.V. als psychosozialer Beratungsstelle für von Antisemitismus Betroffene sowie mit der Melde- und Informationsstelle Antiziganismus Hessen (MIA Hessen) wurden auch 2024 mit viel Leben gefüllt. Miteinander trägt sich manches leichter als allein.

Informationen und Kontakt:

- ▶ [www.rias-hessen.de](http://www.rias-hessen.de)
- ▶ [https://www.instagram.com/rias\\_hessen/](https://www.instagram.com/rias_hessen/)

Dr. Susanne Urban und Leonie Nützl, M.A.

## Gefahren digitaler Radikalisierung

### Wie auf TikTok & Co. extremistische Propaganda gemacht wird und was man dagegen tun kann

Die sogenannten „sozialen Medien“ haben unser Leben von Grund auf verändert, sie beherrschen insbesondere das Leben und die Weltsicht von Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden. Das bringt praktische Vorteile mit sich, birgt aber auch erhebliche Risiken: Die meist ungefiltert einprasselnde digitale Informationsflut und gezielt eingesetzte Algorithmen können leicht zu individueller Überforderung und erhöhter Manipulationsmöglichkeit gerade bei jungen Menschen führen und dann zu Gefahren für ein funktionierendes friedliches, gemeinschaftliches, plurales Zusammenleben werden. In der virtuellen Welt müssen wir besonders wachsam sein – Beispiel: die Social-Media-Plattform TikTok und zunehmende Versuche, sie antidemokratisch zu missbrauchen.

Kolleginnen der Frankfurter Bildungsstätte Anne Frank haben das beispielhaft untersucht und im vorigen Jahr 2024 einen eindrucksvollen Bericht herausgegeben: „Die TikTok-Intifada – Der 7. Oktober & die Folgen im Netz. Analyse & Empfehlungen der Bildungsstätte Anne Frank“ heißt die lesenswerte Publikation, in der Eva Berendsen, Deborah Schnabel und andere von der Bildungsstätte am Beispiel des Terrorangriffs der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 eine beängstigende „Speed-Radikalisierung junger Menschen“ auf TikTok feststellen, an vielen praktischen Beispielen aufzeigen und vor für unsere Demokratie bedrohlichen Entwicklungen warnen. Sie konstatieren: Insbesondere seit dem 7. Oktober 2023 spielen soziale Netzwerke eine bedeutende und vielfach unterschätzte Rolle bei der Verbreitung von Terrorpropaganda, Falschinformationen, Israelhass, Antisemitismus und Verschwörungsnarrativen. In ihrem Report fassen sie ihre Beobachtungen von Beiträgen auf relevanten Social-Media-Plattformen aus den ersten drei Monaten nach dem Terroranschlag in einer ad-hoc-Analyse zusammen. Dabei legt der Bericht den Schwerpunkt bewusst auf TikTok als das unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen beliebteste und reichweitenstärkste Netzwerk und schildert die drastischen Auswirkungen des TikTok-Konsums auf die politische Meinungsbildung der jungen Zielgruppe. Kein anderes soziales Medium versorge eine so vulnerable Zielgruppe mit derart verstörendem Content – weitgehend ohne Aufsicht, kritisiert die Bildungsstätte.



## 5. SCHWERPUNKT- THEMA: GEFAHREN DIGITALER RADIKALISIERUNG

Im Folgenden veröffentlichen wir – mit freundlicher Genehmigung der Autor\*innen – auszugsweise z. T. wörtlich zitierte Inhalte des Berichts „Die TikTok-Intifada“, um auf potenziell im virtuellen Raum des Internets lauernernde Gefahren von Hass, Hetze und undemokratischen Gedankenguts sowie dadurch entsprechend entstehende Herausforderungen aufmerksam zu machen, mit denen sich auch viele andere Mitglieder aus unserem Beratungsnetzwerk in ihrer Arbeit mehr und mehr konfrontiert sehen.

## Kurze Zustandsbeschreibung

Schon vor dem Terrorüberfall der Hamas in Israel am 7. Oktober 2023 waren Desinformationskampagnen, Verschwörungserzählungen, politische Radikalisierung und antisemitische Narrative eng mit dem Nahostkonflikt verknüpft – mit dem Aufstieg der sozialen Medien wurden sie zum Massenphänomen. Der 7. Oktober aber hat hier als Brandbeschleuniger gewirkt.

TikTok ist für viele User\*innen der „Gen Z“ nicht nur ein „Fun-Kanal“, sondern ein Sprungbrett, um tiefer in die Themen einzutauchen, die sie bewegen. In Bezug auf den 7. Oktober ist hier eine Flut fragwürdiger, feindseliger, antisemitischer und offen demagogischer Inhalte entstanden. Terrororganisationen und ihre Sympathisant\*innen streuen teils bewusst Videos ihrer Untaten ins Netz. Radikale jeder Couleur nutzen das Netz ungehemmt und mit großer Reichweite. Noch vor jeder journalistischen Befassung schwappen Informationen, Desinformationen, Gewaltdarstellungen und hochgradig emotionalisierender Content weitgehend ungefiltert in die sozialen Medien, werden dort sofort weiterverbreitet.



Vortrag von Eva Berendsen beim Vernetzungstreffen des Beratungsnetzwerks Hessen im November 2024 über die „TikTok-Intifada“.

## Zahlen

TikTok hatte Ende 2023 knapp 1,7 Milliarden Nutzer\*innen weltweit, von denen 1,1 Milliarden regelmäßig aktiv sind. Auch in Deutschland gehen die Zahlen stetig nach oben. Ende Oktober 2023 zählte das Netzwerk 20,9 Millionen aktive User\*innen in Deutschland und 2,1 Millionen in Österreich. Das ist fast jede vierte Person in Deutschland und in Österreich.

TikTok ist ein „junges“ Medium, der Großteil der Nutzer\*innen ist der Generation Z (Jahrgänge 1997–

2010) und den Millennials (Jahrgänge 1981–1996) zuzuordnen: Knapp 70% gehören der Altersgruppe 16 bis 24 Jahre an, und 31% sind älter als 25 Jahre; 60% der User\*innen sind weiblich. Gerade für Jugendliche ist TikTok ein zentrales Medium schlechthin, wird als Chat-Tool, Suchmaschine, Musik-App und privates Tagebuch genutzt. Knapp ein Fünftel der 14- bis 29-Jährigen in Deutschland nutzt TikTok täglich, wöchentlich sind es sogar ein knappes Drittel.

## Politische Manipulationsversuche

Im deutschsprachigen Bereich sind es insbesondere Rechtsextreme und Rechtspopulisten, die in TikTok investieren. Keine Partei im Bundestag nutzt TikTok intensiver als die AfD. Sie setzt die Plattform sehr geschickt und mit großer Kenntnis insbesondere der Bedürfnisse ihres jugendlichen Zielpublikums für ihre Zwecke ein.

Dazu rufen Rechtsradikale via TikTok zum „Kreuzzug“, zur „Reconquista“ und zur „weißen Vorherrschaft“ auf, und rassistische, sexistische und queerfeindliche Influencer\*innen aus dem Umfeld von „Querdenken“, der „Identitären Bewegung“ oder an-

deren Gruppen verbreiten ihre Inhalte nahezu ungehemmt. Aber auch islamistische Influencer\*innen richten ihre Botschaften an ein Millionenpublikum. Unmittelbar im Zuge des 7. Oktober erreichte etwa der medial schon weitgehend in der Versenkung verschwunden geglaubte islamistische Prediger Pierre Vogel mit Live-Streams bundesweite Reichweite.

Dabei sind antisemitische Narrative, gleich welcher ideologischen Grundierung sie folgen, im Kampf um Aufmerksamkeit besonders erfolgreich – von Verschwörungserzählungen über Shoa-Leugnung bis hin zu israelbezogenem Antisemitismus.

## Handlungsoptionen

Der Flut radikalisierender Contents begegnen Staat, demokratische Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und Zivilgesellschaft immer noch zaghaft und unzureichend. Die wirklich bedeutsamen medialen Kontaktpunkte gerade von jungen Menschen mit demokratiegefährdenden Inhalten müssen stärker in den Blick genommen werden. Genuin digitale Bildungsarbeit indes ist nach wie vor Mangelware.

Die gesamte Zivilgesellschaft und sämtliche Bildungsträger\*innen dürfen an TikTok nicht länger peinlich berührt vorbeigehen. Ohne wertvolle, seriöse Inhalte wird Populist\*innen jedweder Couleur das Feld überlassen. Bund und Länder müssen Bil-

dungsträger\*innen dafür Ressourcen zur Verfügung stellen.

Es muss gezielt **Wissen in die Gesellschaft gestreut** werden. Es geht um Grundwissen zu Radikalisierungsgefahren auf sozialen Medien, das gesamtgesellschaftlich eingeübt werden muss. **Medienkompetenz muss Schulfach werden.** Einerseits im Sinne eines „Internetführerscheins“, andererseits als konsequente, kontinuierliche Auseinandersetzung mit Manipulationstechniken, Fake-News-Trends etc., die tagesaktuell diskutiert werden müssen. Es zeigt sich immer wieder, dass wir Demokratiebildung nicht mehr getrennt von Medienbildung behandeln dürfen, beides gehört untrennbar zusammen.



Kinder wachsen heute wie selbstverständlich mit dem Internet und seinen potenziellen antidemokratischen Gefahren auf. Das erfordert dementsprechend eine effektive genuin digitale Bildungsarbeit.

Besonders geht es auch darum, **Lehrkräfte direkt anzusprechen**: Aus den Erfahrungen der eigenen TikTok-Workshops weiß die Bildungsstätte, dass Lehrkräfte von Medien wie TikTok überfordert sind. Dabei genügt es nach ihrer pädagogischen Erfahrung, Jugendlichen zunächst Definitionen von Hate-speech an die Hand zu geben, ihnen die Melde-Tools der Apps zu zeigen, ihnen die Bedeutung von Counterspeech, also aktiver Gegenrede, zu erklären und sie auf Beratungs- und Meldestellen hinzuweisen. Nur so können Schüler\*innen und Jugendliche verstehen, wie TikTok funktioniert, wie Fake News und Radikalisierung wirken – und was sie dem entgegen-setzen können.

Auch an sogenannten **Influencer\*innen** kommt man für effektive Handlungsoptionen heutzutage nicht vorbei, sagen die Kolleg\*innen der Bildungsstätte in ihrem Bericht. Diese müssen als das wahrgenommen werden, was sie sind: Vertrauenspersonen von Jugendlichen, oft erste und einzige Quelle von Nachrichten und politischen Einordnungen. Influencer\*innen sind auch deshalb so entscheidend, weil sie glaubwürdig in ihren Communities informieren können und so auch zentrale Multiplikator\*innen für jene Gruppen sind, die durch politische Bildung bislang noch zu wenig erreicht werden.

Schließlich: **Sozialarbeit und Streetwork** finden nicht mehr nur auf der Straße, sondern auch im Netz statt. Jugendsozialarbeiter\*innen müssen auf TikTok eine mindestens gleichrangige Präsenz wie im realen Leben aufbauen, müssen ansprechbar sein, aber auch aufsuchend tätig werden. Die digitale Streetwork kann auch automatisiert oder KI-gestützt erfolgen.

Fazit: Die Notwendigkeit, in Medienbildung und politische Bildung zu investieren, sie zusammenzudenken und als Lerninhalt zu verstetigen, ist angesichts der digitalen Propaganda-Investitionen politischer Extremist\*innen so evident wie nie.

#### Quelle:

► [https://www.bs-anne-frank.de/fileadmin/content/Publikationen/Weiteres\\_P%C3%A4dagogisches\\_Material/TikTok\\_Report\\_Nahostkonflikt\\_BSAF\\_2024\\_neu.pdf](https://www.bs-anne-frank.de/fileadmin/content/Publikationen/Weiteres_P%C3%A4dagogisches_Material/TikTok_Report_Nahostkonflikt_BSAF_2024_neu.pdf) (Download kostenlos)

#### Info-Materialien:

Siehe zum Thema auch die nützliche Broschüre der Bildungsstätte „Das TikTok-Universum der (extremen) Rechten. Trends, Strategien und Ästhetik in der Social-Media-Kommunikation – Analyse & Empfehlungen der Bildungsstätte Anne Frank“ (Juni 2024) ► [https://www.bs-anne-frank.de/fileadmin/content/Publikationen/Weiteres\\_P%C3%A4dagogisches\\_Material/BSAF\\_Report\\_TikTok\\_Extreme\\_Rechte\\_v3.pdf](https://www.bs-anne-frank.de/fileadmin/content/Publikationen/Weiteres_P%C3%A4dagogisches_Material/BSAF_Report_TikTok_Extreme_Rechte_v3.pdf)

Lea Franke/Daniel Hajok, TikTok und Rechtsextremismus. Neue Formen der Propaganda auf einer kind- und jugendaffinen Plattform (Oktober 2023), auf der Seite der Bundeszentrale für politische Bildung ► <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/541511/tiktok-und-rechtsextremismus/>

Lea Franke/Daniel Hajok, Rechtsextreme Strategien in den Sozialen Medien (Juni 2024), auf der Seite der Bundeszentrale für politische Bildung ► <https://www.bpb.de/lernen/digitale-bildung/werkstatt/549324/rechtsextreme-strategien-in-den-sozialen-medien/>

Deborah Schnabel, TikTok als antisemitischer Radikalisierungstunnel (März 2025), auf der Seite der Bundeszentrale für politische Bildung ► <https://www.bpb.de/lernen/digitale-bildung/werkstatt/560523/tiktok-als-antisemitischer-radikalisierungstunnel/>

### Spezielle Ansprechstellen und Angebote gegen Hass im Netz (Auswahl):

- Bildungsstätte Anne Frank e. V. (Frankfurt): ► <https://www.bs-anne-frank.de/> und <https://www.bs-anne-frank.de/ueber-uns/projekte/hidden-codes-digitales-lernspiel-zur-radikalisierungspraevention>
- Rote Linie – Pädagogische Fachstelle Rechtsextremismus (Marburg): ► <https://rote-linie.net/>
- Jugendschutz im Netz / jugendschutz.net: ► <https://www.jugendschutz.net/themen/politischer-extremismus>
- Kompetenznetzwerk gegen Hass im Netz – zentrale Anlaufstelle gegen Hass im Netz: ► <https://kompetenznetzwerk-hass-im-netz.de/>
- #hatebreach – Hass im Netz begegnen („Die Kopiloten“, Kassel): ► <https://hatebreach.net/>
- Hate Aid: Rechtsextremismus im Internet: ► <https://hateaid.org/rechtsextremismus-im-internet/>
- klicksafe: Strategien gegen Hate Speech: ► <https://www.klicksafe.de/hate-speech/strategien-gegen-hate-speech>
- „Digitale Helden“ (Frankfurt): ► <https://digitale-helden.de/>
- „Gutes Aufwachsen mit Medien“ (GAMM) ist eine bundesweite Anlaufstelle, die mit ihrem Erste Hilfe-Demokratie-Kit verschiedene Projekte und Materialien vorstellt, die sich gut zur Prävention rechtsextremer Radikalisierung einsetzen lassen: ► <https://www.gutes-aufwachsen-mit-medien.de/magazin/news-detailansicht/erste-hilfe-demokratie-kit-projekte-und-materialien-gegen-rechtsextremismus> und ► <https://www.gutes-aufwachsen-mit-medien.de/magazin/news-detailansicht/default-b3784e687d>
- Das Modellprojekt „pre:bunk – Digital Streetwork im Videoformat“ der Amadeu Antonio Stiftung richtet sich an junge Menschen, die bei ihrem audiovisuellen Medienkonsum Unterstützung und differenzierte Einordnungen aktueller Berichterstattung benötigen. Pre:bunk steht für einen präventiven Ansatz gegen Desinformationen. ► <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/projekte/prebunk-digital-streetwork-im-videoformat/>
- Projekt „Der Elefant im Raum – Rechtsextremismus online erkennen“ ► <https://rise-jugendkultur.de/der-elfant-im-raum/>
- Meldestelle „Hessen gegen Hetze“ ► <https://hessengegenhetze.de/>
- App „MeldeHelden“ gegen Hasskommentare ► <https://justizministerium.hessen.de/video/videoarchiv/meldehelden-die-melde-app-fuer-hass-und-hetze-im-netz> und ► <https://hateaid.org/meldehelden-app/>

## 6. AUS DER PRAXIS

Das folgende Kapitel gibt aus einer jeweils spezifischen und konkreten Perspektive exemplarisch Einblicke in die Arbeit von Beraterinnen und Beratern und Netzwerkmitgliedern vor Ort und beleuchtet deren Aktivitäten im vergangenen Jahr 2024. Die (Namens)Berichte stellen ausdrücklich die subjektive Sicht aus der Alltagspraxis in den Vordergrund und geben einen anschaulichen Eindruck von der Vielfalt der täglichen Arbeit vieler engagierter Menschen vor Ort in Hessen für Demokratie und gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit.

### 6.1 Mobiles Beratungsteam Hessen (MBT) – Regionalstellen Nord- und Osthessen des Beratungsnetzwerks Hessen in Kassel und Fulda



Das Jahr 2024 begann für das Mobile Beratungsteam gegen Rassismus und Rechtsextremismus – für demokratische Kultur in Hessen e. V. (MBT) in Kassel und Fulda (Regionalstellen Nord- und Osthessen des Beratungsnetzwerks Hessen) unerfreulicherweise in der Arbeitslosigkeit. Aufgrund einer nur vorläufigen Finanzierungszusage des für das Programm „Demokratie Leben!“ zuständigen Bundesfamilienministeriums konnte der Träger des MBT, die Volkshochschule Region Kassel, die Arbeitsverträge für unsere Mitarbeiter:innen nicht ausstellen. Glücklicherweise dauerte dieser Zustand nur drei Wochen – gerade rechtzeitig, denn Mitte Januar begann auch in Hessen, wie in der ganzen Republik, eine Protestwelle, die das Land in dieser Form und in diesem Ausmaß noch nicht gesehen hatte.

#### Massendemos für Demokratie und gegen Rechtsextremismus ohne konkrete Folgen

Überall, auch in kleinen Gemeinden abseits der Großstädte, gingen Menschen auf die Straße, um gegen Rechtsextremismus zu demonstrieren. Auslöser war ein Bericht des Rechercheteams Correctiv am 10. Januar 2024 über ein Geheimgespräch von Mitgliedern der AfD, Werteunion, Identitären und anderer mit menschenverachtenden Aussagen.

Bedauerlicherweise reagierte die Bundesregierung kaum. Es wurden weder neue Programme aufgelegt noch gesetzliche Maßnahmen getroffen. Die Demonstrationen wa-

ren zwar einerseits auch dazu da, sich selbst zu vergewissern, dass man nicht allein ist im Erschrecken über ungute gesellschaftliche Entwicklungen, das Erstarken rechtsextremer Parteien und die durch Correctiv bekannt gewordenen Pläne des Treffens in einem Potsdamer Hotel. Andererseits war die Ernüchterung groß, dass massenhafte Demonstrationen eher verpuffen und stattdessen (Partei)Politik offenbar vornehmlich vom rechten Rand unter Druck gesetzt und bewegt wird. Eine der ersten Maßnahmen, die die hessische Landesregierung Anfang 2024 der Öffentlichkeit verkündete, war beispielsweise ein Genderverbot im öffentlichen Dienst, was durchaus als Antwort auf den Kulturkampf von rechts außen zu verstehen war.

#### Sprunghafter Anstieg von Beratungs- und Bildungsanfragen

Die Arbeit des MBT war seit den massenhaften Demonstrationen Anfang 2024 geprägt von einem sprunghaften Anstieg von Beratungs- und Bildungsanfragen. Bereits bis Ende August 2024 waren die Fallzahlen des Vorjahres 2023 erreicht.

Schwerpunkte der Anfragen waren sowohl in Nord- als auch in Osthessen zum einen die Unterstützung und Begleitung neuer Bündnisse, die sich in vielen Orten nach den Demonstrationen gründeten. Hierzu gehörte Beratung zu Öffentlichkeitsarbeit (Wie treten wir an die Öffentlichkeit? Brauchen wir einen Flyer, welche Themen wollen wir bearbeiten? Welche Struktur geben wir uns und wie fällen wir Entscheidungen?).

Zum anderen erlebten beide Büros des MBT in Kassel und Fulda eine große Zahl Anfragen zum Umgang mit menschenfeindlichen Aussagen, was in Vorträgen oder in Workshops (Argumentationstrainings) von uns aufgegriffen wurde. Es war sehr deutlich, dass immer mehr

Menschen in ihrem privaten und beruflichen Umfeld verstärkt mit Geflüchtetenfeindlichkeit und Fake News konfrontiert sind und es eine große Unsicherheit gibt, wie man adäquat darauf reagieren kann.

Zum Teil konnten wegen des hohen Arbeitsaufkommens nicht alle Anfragen bedient werden. Dafür hat das Regionalbüro Nord (Kassel) begonnen, Multiplikator:innen auszubilden, damit diese Argumentationstrainings eigenständig durchführen können.

#### Unterstützung des Engagements neuer Bündnisse

In der Bündnisbegleitung war es häufig unsere Aufgabe, den Menschen motivierend Mut zuzusprechen, dass ihr Engagement richtig und wichtig ist, denn die Stimmung bei Engagierten war und ist bedrückt. Dazu gehörte auch, dass man sich nicht fortlaufend am rechten Rand abarbeiten, sondern selbstbewusst eigene Themen setzen und Inhalte angehen sollte.

Für das Jahr 2025 haben beide Regionalstellen schon diverse Anfragen von Bündnissen, zum Teil gründen sich immer noch welche an weiteren Orten. Das Büro Nordhessen plant deswegen, wie in den beiden vergangenen Jahren auch, mindestens einen Termin zur Vernetzung von Bündnissen in der Region. Schon in der Vergangenheit fanden es viele Engagierte sehr hilfreich, sich mit Menschen aus anderen Orten über ihre Bündnisarbeit und den Umgang mit diversen Problemstellungen (Anfeindungen im Ort, Überlastung im Ehrenamt usw.) auszutauschen zu können.

#### Neuaufgabe von Broschüre zu Rechtsextremismus in Nordhessen

Zum Ende des Jahres 2024 erschien eine aktualisierte dritte Auflage unserer Broschüre „Erscheinungsformen der extremen Rechten zwischen Ökologie & Esoterik“, die einen Überblick über die Geschichte und Ideologie extrem rechter Landnahmestrategien sowie einen Einblick in rechtsextreme Strukturen in ländlichen Räumen in Nordhessen bietet.

Auch die Nachfrage nach Argumentieren gegen Menschenfeindlichkeit ist ungebrochen groß. Wobei wir zunehmend versuchen, die Menschen zu überzeugen, dass man statt defensiv gegen Menschenfeindlichkeit zu argumentieren, eigene Themen in den Vordergrund stellen sollte.



Cover der 2024 aktualisierten MBT-Broschüre zu Erscheinungsformen der extremen Rechten in ländlichen Räumen Nordhessens

Zum 1. Januar 2025 ist das MBT sein eigener Träger geworden und hat als Projekt den Landkreis Kassel verlassen, wobei eine enge Kooperation vereinbart ist und der Landkreis die Arbeit weiterhin unterstützt, u. a. mit Bereitstellung von Büroräumen in Kassel.

Die Förderung der Beratungsarbeit ist zwar bis 2032 vom Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) zugesagt, allerdings bleiben die Rahmenbedingungen suboptimal. Eine Förderzusage für 2025 erreichte die Träger erst in der Woche vor Weihnachten.

Weitere Informationen im Internet:

► <https://mbt-hessen.org/>

Christopher Vogel, Mobiles Beratungsteam Hessen (MBT), Kassel (Regionalstellen Nord-/Osthessen des Beratungsnetzwerks Hessen in Kassel und Fulda)

## 6.2 Regionalstelle Süd des Beratungsnetzwerks Hessen, Darmstadt



Das Jahr 2024 war geprägt durch unterschiedliche Themen- und Arbeitsschwerpunkte. Die Beratungsanfragen stiegen erneut an. Das lässt sich mit einem erhöhten Bedarf der Beratungsnehmenden – bedingt durch die sich zuspitzende gesellschaftliche Lage –, aber auch mit einem zunehmenden Bekanntheitsgrad der Angebote der Regionalstelle Süd erklären.

Zu beobachten ist die Zunahme von Anfragen aus dem Feld der Sozialen Arbeit und Jugendarbeit, aber auch Schule als Spiegel von gesellschaftlichen Entwicklungen bleibt weiterhin ein fester Bestandteil unserer Beratungs- und Bildungsarbeit.

Thematisch lässt sich feststellen, dass die Radikalisierung von Jugendlichen und der pädagogische Umgang mit ihnen eine große Herausforderung darstellen. Dazu zählt neben dem konkreten Umgang auch ein häufig mangelndes Wissen pädagogischer Fachkräfte über rechte Codes, Radikalisierungsgründe und Rekrutierungsstrategien von rechtsextremen Akteur\*innen. Als Bestandteil dieser Beratungsprozesse entwickelten wir ein Workshopformat zum Thema „Rechte Codes und Symboliken, Radikalisierung und Rekrutierung anhand von Social Media und geschlechterreflektierender Pädagogik als Präventionsmaßnahme“.

Ein weiterer Themenschwerpunkt unserer Arbeit war die Entwicklung von Sicherheitskonzepten mit zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen, die vermehrt Bedrohungen und Anfeindungen ausgesetzt sind. Neben der Entwicklung von Sicherheitskonzepten war auch die Unterstützung bei Neugründungen von Bündnissen, insbesondere an der Bergstraße, Bestandteil der Arbeit unserer freiberuflichen Berater.

Reichsbürger, rechte Esoterik und die Radikalisierung von Einzelpersonen im familiären Kontext sowie die zunehmende Normalisierung von rassistischen Diskursen und Bedrohungslagen sind in Südhessen weiterhin Thema. Teil unserer Beratungs- und Bildungsarbeit, insbesondere in Teams, war daher das Schaffen eines Bewusstseins für Betroffenenperspektiven und der Möglichkeit, marginalisierte Perspektiven in Teamprozessen sichtbar(er) zu machen.

Deutlich wurde beim Beobachten von extrem rechten Akteur\*innen, dass es gerade im rechtsesoterischen Milieu viele Überschneidungen zwischen Aktiven aus Südhessen und den Grenzregionen Bayern und Baden-Württemberg gibt. Die teils überregionale Vernetzung ist auch bei Reichsbürger\*innen aufgefallen, wie z. B. ein Straßenkampfsminar im Frühjahr im Odenwald gezeigt hat (siehe u. a. ► <https://www.hessenschau.de/gesellschaft/mutmasslicher-reichsbuerger-trainiert-strassenkampf-im-odenwald-v1,training-strassenkampf-100.html>).

Für uns bedeutet das, die Netzwerkarbeit in Grenzregionen z. B. nach Aschaffenburg weiter auszubauen und die teilweise milieuübergreifende Vernetzung extrem rechter Akteur\*innen im Blick zu behalten.

Ein Highlight 2024 war der Fachtag „Gerade jetzt! – Gemeinsam für Demokratie“, den wir gemeinsam mit den südhessischen Partnerschaften für Demokratie (PFD) Darmstadt, Lampertheim, Pfungstadt und Mörfelden-Walldorf im November in Darmstadt veranstaltet haben. Ziel des Fachtags war es, zivilgesellschaftliche und wissenschaftliche Perspektiven zusammenzubringen, um so bei den rund 70 Teilnehmenden mehr Handlungssicherheit und Engagement, sich gegen Demokratiefeindlichkeit einzusetzen, zu fördern. Das Feedback für den Fachtag war durchweg positiv und die gelungene Zusammenarbeit Ausdruck des gewachsenen Netzwerks mit den südhessischen Partnerschaften der letzten Jahre. Umso trauriger war der Abschied von den Partnerschaften Darmstadt und Pfungstadt, die keine Weiterförderung erhielten.



Gelungener Fachtag „Gerade jetzt!“ der Regionalstelle Süd mit den südhessischen PFDs im November im Darmstadt  
Foto: Regionalstelle Süd

Das Jahr endete, wie bereits 2023, mit der Unsicherheit über die Weiterförderung 2024. Ein Zustand, der bei den Mitarbeitenden in Bezug auf ihre tägliche Arbeit natürlich Fragen aufwirft. 2024 wurde ein Höchststand bei rechtsextremen Straftaten registriert (<https://www.tagesschau.de/inland/rechtsextreme-straftaten-106.html>). Das sollte einmal mehr verdeutlichen, dass Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus und für eine

demokratische Kultur vor Ort verstetigt und abgesichert werden muss.

Weitere Informationen im Internet:  
<https://regionalstelle-sued.de/>

Sarah Fey, fachliche Leitung Regionalstelle Süd des „Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“

### 6.3 „response.“ – Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt



„response – Beratung für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt“ nahm im vergangenen Jahr an seinen beiden Standorten in Kassel und Frankfurt am Main insgesamt 141 neue Beratungen auf. Damit verzeichnete response einen erneuten Anstieg der Fallzahlen (2023: 107 neue Beratungen). Zusätzlich wurden 69 Beratungsfälle aus den Vorjahren fortgeführt.

Der Jahresbeginn 2024 am Standort Kassel war geprägt von zwei bedeutenden Gerichtsprozessen: Mitte Januar stellte das Landgericht Chemnitz in erster Instanz ein Strafverfahren gegen drei von ursprünglich neun angeklagten rechtsextrem gesinnten Personen ein. Dies geschah fünfeneinhalb Jahre nach einem Angriff, bei dem mehr als zwei Dutzend organisierte Neonazis am Rande einer Demonstration Rechtsextremer in Chemnitz am 1. September 2018 mehrere Personen verletzten. Die Einstellung des Verfahrens erfolgte gegen eine Geldbuße von 1.000 Euro. Die Berater:innen von response bereiteten die Verhandlungstage vor und nach, begleiteten betroffene Personen aus Hessen und unterstützten sie vor Ort.

Ende Februar endete ein Prozess vor dem Amtsgericht Eschwege mit Verurteilungen wegen gefährlicher Körperverletzung. Zwei Angeklagte hatten im Sommer 2022 gemeinsam mit einem weiteren Tatverdächtigen zwei von Anti-Schwarzem Rassismus betroffene Einwohner des Werra-Meißner-Kreises aus einer rassistischen Motivation heraus schwer verletzt. Nach massiven rassistischen Beleidigungen schlugen und traten sie auf die Betroffenen ein, selbst als diese bereits am Boden lagen. Das Gericht erkannte das rassistische Tatmotiv ausdrücklich an. In den Abschlussplädoyers hoben sowohl die Staatsanwältin als auch die Richterin den rassistischen Hintergrund des Angriffs hervor.

Mit dem Ende des Prozesses ist die Aufarbeitung dieses Angriffs jedoch nicht abgeschlossen: Der weitere Tatverdächtige, der als Zeuge geladen war, verweigerte seine Aussage, da inzwischen auch gegen ihn Ermittlungen laufen. Dennoch stellt das Urteil für die Betroffenen eine wichtige Etappe auf dem Weg zur Verarbeitung des Angriffs und seiner Folgen dar.

Am Standort Frankfurt bleibt ein Schwerpunkt der Beratung die Aufarbeitung der Folgen des rechtsterroristischen und rassistischen Anschlags in Hanau am 19. Februar 2020. Die enge Zusammenarbeit mit der seit Herbst 2023 etablierten lokalen Beratungsstruktur TASBAH unter dem Dach des Verbands der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V. (VBRG) wurde fortgesetzt. Im Spätherbst wurde eine wissenschaftliche Evaluation des Angebots vorgestellt, die die Dringlichkeit einer dauerhaft gesicherten Finanzierung erneut unterstrich. Eine stabile finanzielle Basis bleibt essenziell, um Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt nachhaltig unterstützen zu können.

Weitere Informationen im Internet:

- ▶ <https://response-hessen.de/> Meldestelle und Chronik:
- ▶ <https://hessenschauthin.de/>

Das Team von response. – Beratung für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt

### 6.4 „Rote Linie“ – Pädagogische Fachstelle Rechtsextremismus



angesichts von Serien rechtsextremer Vorfälle („L'amour toujours“-Gesänge, Hakenkreuzschmierereien, Hitlergrüße an Schulen ...) und Diskursverschiebungen anlässlich verschiedener Wahlen und gesellschaftlich-politischer Krisen und Brüche. Der Ton wird härter, Themen und Begriffe sind normalisiert, rechtsextreme Akteure treten selbstbewusst und offen auf.

Im Jahr 2024 verzeichnete die Fachstelle erneut eine steigende Nachfrage: Insgesamt wurden 58 Fälle in der Distanzierungs- und Umfeldberatung sowie 67 Fälle im Bereich Qualifizierung und Fortbildung begleitet. Die zeitnahe Bearbeitung dieser Fälle bei gleichzeitiger Sicherung der Qualitätsstandards war herausfordernd – insbesondere vor dem Hintergrund personeller Wechsel und damit verbundener interner Prozesse wie Teamfindung und Weiterqualifizierung.

Akteure der extremen Rechten sprechen Jugendliche forciert an, binden und radikalieren sie. Das Zeitfenster, um Jugendliche, die hier andocken, anzusprechen, bevor Verfestigungsprozesse wirksam werden, wird knapper. Erreicht wurden vor allem Fachkräfte an Schulen, Schüler\*innen und Studierende, rechtsextrem affine Jugendliche und junge Erwachsene, Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe, aus Ämtern sowie Eltern und Angehörige.

Generell zeigten sich im Feld vermehrte Bezüge zu auffälligen Personen oder herausfordernden Situationen auch

In der Qualifizierung und Fortbildung waren inhaltlich die Phänomenbereiche Rechtsextremismus, Rassismus, Elemente der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit und Reichsbürgertum besonders gefragt. Workshops zum

Umgang mit rechtsaffinen Jugendlichen oder zum Umgang mit schwierigen Gesprächssituationen fanden große Nachfrage.

Das Angebot für rechtsextrem affine Jugendliche (Einzelfallarbeit/Gruppensetting) hat in 2024 eine sehr hohe Nachfrage gefunden. Anlass waren vor allem Vorfälle an Schulen, in Gemeinden oder in Einrichtungen.

Die Jugendlichen werden meist durch pädagogische Maßnahmen, Weisungen oder auf Anfrage von Jugendhilfeeinrichtungen erreicht, sind also selten selbstmotiviert. Das Angebot umfasst mindestens sieben Termine oder einen vereinbarten Zeitraum; zum Teil erfolgt eine Unterstützung über ein Jahr hinaus. Die Distanzierungsarbeit umfasst die Auseinandersetzung mit dem Vorfall, eine kritische Reflexion von individuellen Weltbildern, Sprache, Verhalten, nutzt erfahrungsorientierte Methoden, regt die eigene Positionierung, Perspektivübernahme und die Entwicklung von eigenen Zielen an.

Das Gruppenangebot hingegen ermöglicht die Arbeit mit Jugendlichen eines Sozialraums und die Berücksichtigung von Gruppendynamiken und ergänzt die Einzelfallarbeit in produktiver Weise.

In 2024 wurde eine Qualifizierung zum Thema „Rechtsextremismussensibel in der Ausbildung“ für Ausbilder\*innen eines großen Industriebetriebes konzipiert und zweimal durchgeführt. Fortbildungen zum Thema „Rassismussensible Erziehung“ wurden für Kita-Leitungskräfte einer Kommune und in der Ausbildung von Fachkräften durchgeführt.

Für Fachkräfte wurden zwei Durchgänge der viertägigen, zertifizierten Fortbildung (VIR-Training) zum Umgang mit rechtsaffinen jungen Menschen durchgeführt. Ziel ist es, in Alltagssituationen Impulse zu setzen, die zur Veränderung motivieren und Veränderungsprozesse unterstützen. Inhalte waren Grundlagenwissen im Themenfeld Rechtsextremismus, rechtliche Grundlagen, „Erlebniswelt Extremismus“, Ein- und Ausstiegsprozesse, und in praktischen Übungen und Beratungssequenzen erfolgte eine praktische Übung, wie auch Zielgruppen erreicht werden können, bei denen intensive Beratungsprozesse zunächst aussichtslos sind.

#### Ausblick

Die Distanzierungs- und Umfeldberatung ist innerhalb des Beratungsnetzwerkes etabliert und ist auch Dank der Verweisstruktur und sensibilisierter Schlüsselpersonen im Feld gut bekannt. Es gelingt, Zugänge zu Jugendlichen ohne intrinsische Veränderungsmotivation herzustellen, um Ablösungsbewegungen in Bezug auf rechtsextreme Gruppierungen, ideologische Haltungen und Handlungen zu befördern. Das fachliche Know-How ist erarbeitet und eine Qualifizierung auch von Fachkräften der Regelstruktur erfolgt.

Dieses Arbeitsfeld braucht eine personelle und finanzielle Kontinuität als Teil der Regelstruktur. Es besteht weiterhin ein Bedarf in der Erreichung von Frauen und Mädchen und die Etablierung geschlechtsspezifischer Ansätze.

Für die Distanzierungs- und Umfeldberatung sowie das Beratungsnetzwerk insgesamt sehen wir eine erneut wachsende Herausforderung darin, dass rechtsextreme Phänomene, Szenen und Gruppierungen sich etabliert haben oder sich jugendaffin neu formieren (Junge Nationaldemokraten, Der III. Weg, Jung und Stark ...). Fortschreitende Normalisierungsprozesse von rechtsextremen Einstellungen in der Gesellschaft erschweren die Thematisierung von Rechtsextremismus zum Beispiel an Schulen, in Kommunen oder in Familien und Nachbarschaften – und sie befördern rechtsextreme Handlungen und Straftaten. Dies wird sich auch auf die Distanzierungsarbeit, die Beratung und den Qualifizierungsbedarf auswirken – der Bedarf wird, so die Prognose, weiter steigen und die notwendige Kontrastfolie („Warum distanzieren, wenn so viele so denken?“) zugleich schwerer zu erkennen sein.

Weitere Informationen im Internet:

➤ <https://www.rote-linie.net/>

Torsten Niebling, „Rote Linie“ – Pädagogische Fachstelle Rechtsextremismus

## 6.5 „Jetzt! e. V.“ – Verein für Beratung, Coaching und Bildung – aktiv für Demokratie



Wir sind Mitglied im Beratungsnetzwerk Hessen und in dessen Auftrag in der mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus tätig, vor allem in Mittel- und Westhessen.

Seit 2021 sind wir Träger der Regionalstelle Süd des Beratungsnetzwerks Hessen.

Die Stärkung demokratischer Werte ist zentraler Leitsatz unserer Arbeit. Als mobile Berater\*innen konzentrieren wir uns auf die Intervention sowie auf die nachhaltige Entwicklung resilienter demokratischer Strukturen. Dabei orientieren wir uns an einer intersektional-betroffensensiblen Haltung, um Personen, die von demokratiefeindlicher Ideologie abgewertet werden, zu schützen und zu stärken.

Um die Handlungsfähigkeit unserer Beratungsnehmenden in ihren Strukturen zu erhalten und zu erweitern, legen wir als systemische Berater\*innen einen besonderen Blick auf den sozialen Nahraum, in dem sie sich bewegen.

Im Bildungs- sowie Hochschulkontext beobachteten wir in 2024 eine Hierarchisierung von Betroffenenperspektiven angesichts des Nahostkonflikts, wobei wir dabei helfen, hiesige Aushandlungen darüber nicht einseitig aufzulösen und Betroffene nicht zu instrumentalisieren.

Neben konstant hoher Zahl an Anfragen aus der Verwaltung wurden wir 2024 vermehrt aus den Bereichen Kultur und Ehrenamt angefragt. Beratungsanlass stell-

te häufig der Wunsch zur Erlangung von Handlungssicherheit im Umgang mit rechtsextremen Personen in den eigenen Reihen dar. Bei diesen Beratungsprozessen hat sich unsere Erfahrung in der politischen Bildung als hilfreich erwiesen, da wir etwa in Workshops zur Auftragsklärung grundlegende Haltungsfragen in heterogenen Gruppen bearbeiten konnten. Besonders in Projekten, die den Anspruch flacher Hierarchien verfolgen, haben wir im vergangenen Jahr gute Erfahrungen mit solchen Formaten gemacht, da sie eine nachhaltige Strukturarbeit im Beratungsprozess ermöglicht haben.

Im vergangenen Jahr sind die Fallanfragen stark gestiegen. Wir haben bei unseren Beratungsnehmenden eine zunehmende Unsicherheit beobachtet, Haltung bei diskriminierenden Vorfällen zu beziehen. Die Normalisierung rassistischer und menschenverachtender Narrative in der öffentlichen Debatte verunsicherte viele, und immer mehr Beratungsnehmende äußerten ihre Sorge, von rechtsextremen Personen diskreditiert zu werden, wenn sie selbst Haltung beziehen. Wir gehen davon aus, dass sich diese Dynamik noch verstärken wird.

Unsere Beratungsarbeit steht daher vor der Herausforderung, Dialogmöglichkeiten mit demokratieskeptischen Personen zu ermöglichen, ohne Personen in ihrer Existenz einzuschränken, die von rechtsextremer und demokratiefeindlicher Ideologie abgewertet werden.

Weitere Informationen im Internet:

➤ [www.jetzt-ev.de](http://www.jetzt-ev.de)

Silke Sauer-Stork und Patrick Zimmer, Jetzt! e.V. – Verein für Beratung, Coaching und Bildung – aktiv für Demokratie

## 6.6 Projekt „Zusammenleben neu gestalten“ der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik (DeGeDe)

### Zusammenleben neu gestalten

Angebote für das plurale Gemeinwesen  
Prozessbegleitung · Impulse · Reflexionen

Der Aufbau von empathischen und solidarischen Räumen – dieses Anliegen stand im Mittelpunkt vieler Anfragen, die uns im vergangenen Jahr erreichten. Dabei gab es von Anfang an eine bemerkenswerte Dringlichkeit, mit der dies vorgetragen wurde. Die Zunahme rassistischer Diskurse und Bedrohungslagen war in (fast) allen Beratungs- und Fortbildungsmaßnahmen spürbar, auch dann, wenn sie nicht explizit Thema der Prozessbegleitung war. So zeigte sich beispielsweise in einer Teambegleitung, die mit unserer Unterstützung in vier aufeinander folgenden Modulen an einem Fortbildungs- und Vernetzungskonzept erfolgte, die Relevanz der gesellschaftlichen Diskurse, die die Teilnehmenden wiederkehrend als sehr belastend beschrieben.

Um eine konstruktive Arbeitsatmosphäre zu ermöglichen, war es an vielen Stellen wichtig, Räume zu öffnen, in denen die Teilnehmenden schwierige Erlebnisse und berechtigte Sorgen teilen konnten. Er werde nun „wiederkehrend prüfen, wie lange er noch in Deutschland bleiben könne“, beschrieb beispielsweise ein Verwaltungsangestellter, der immer wieder Erfahrungen mit Alltagsrassismus machen musste, seine Situation.

An anderer Stelle berichtete eine als Sozialberaterin tätige deutsche Staatsangehörige, die vor zwanzig Jahren aus Afghanistan geflohen war, dass sie sich nicht mehr traue, über ihre Hintergründe zu sprechen. Als „wohltuend“ beschrieben viele Teilnehmenden die „Flexibilität“ und „Zugewandtheit“ der Moderation.

An manchen Stellen konnten der Handlungsradius erweitert und Beteiligte, die nicht negativ von Rassismus und anderen Diskriminierungsformen betroffen waren, zu nachhaltigen solidarischen Anstrengungen gewonnen werden. Ausgangspunkt waren wiederkehrende rechtsextreme Raummarkierungen an Orten, die bevorzugt von Menschen mit Flucht- und/oder Migrationser-

fahrungen aufgesucht werden.

Die Fallzahlen waren auch 2024 auf hohem Niveau. Wir haben sieben Prozessbegleitungen aus dem Vorjahr fortgesetzt und 24 neue aufgenommen, hinzu kamen 22 Präventionsprojekte.

Weitere Informationen im Internet: ▶ <https://degede.de/project/zusammenleben-neu-gestalten/>

Christa Kaletsch, Manuel Glittenberg, Stefan Rech,  
DeGeDe-Team von „Zusammenleben neu gestalten“



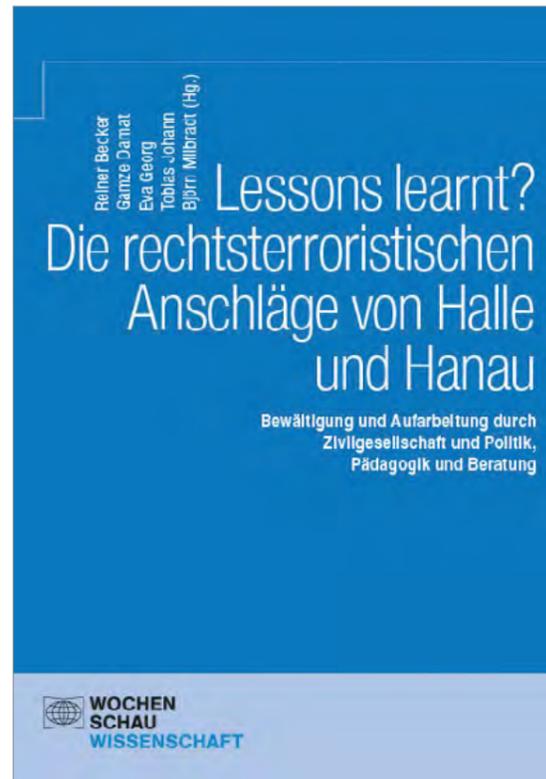
„Menschenrechte brauchen Menschen, die sie verteidigen“, sagte der Politiker und Menschenrechtler Gerhart Baum. Dies befolgten im Januar 2024 viele Menschen in Deutschland – so wie auf dem Bild bei einer Demonstration in Frankfurt –, die nach Bekanntwerden von „Remigrationsplänen“ rechtsgerichteter politischer Kräfte auf die Straße gingen.

Foto: DeGeDe-Team.

## 7. WAS GAB ES 2024 NEUES IM DEMOKRATIEZENTRUM UND IM BERATUNGS- NETZWERK HESSEN?

In diesem Kapitel haben wir für Sie verschiedene Veranstaltungen, Veröffentlichungen, Veränderungen, Neues, Interessantes und Berichtenswertes zusammengetragen, das im vergangenen Jahr 2024 im Demokratiezentrum Hessen und dem Beratungsnetzwerk stattfand.

## 7.1 Buch „Lessons learnt“ – Die rechtsterroristischen Anschläge von Halle und Hanau“



Neue Publikation über Bewältigung und Aufarbeitung der rechtsterroristischen Anschläge von Halle und Hanau: Ende 2024 erschien im „Wochenschau Verlag“ der wissenschaftliche Sammelband „Lessons learnt? Die rechtsterroristischen Anschläge von Halle und Hanau. Bewältigung und Aufarbeitung durch Zivilgesellschaft und Politik, Pädagogik und Beratung“, der vom Demokratiezentrum Hessen und dem Deutschen Jugendinstitut (DJI) erarbeitet und herausgegeben wurde.

Zum Hintergrund: Die rechtsterroristischen Anschläge von Halle und Hanau haben in den Jahren 2019 und 2020 einmal mehr die Bedrohungslage durch rechte Gewalt und Terror verdeutlicht. Was können (Kommunal)Politik, Zivilgesellschaft und pädagogische bzw. beraterische Praxis aus den Anschlägen lernen? Zu dieser Frage haben das Demokratiezentrum Hessen und das Deutsche Jugendinstitut, Außenstelle Halle/Saale, lokale Interviewstudien zu den jeweiligen in ihrem Bundesland stattgefundenen Anschlägen durchgeführt, deren Ergebnisse im Band „Lessons learnt? Die rechtsterroristischen Anschläge von Halle und Hanau“ nun publiziert wurden.

Weitere Beiträge aus Wissenschaft und Praxis analysieren die ideologischen Hintergründe und versuchen in den Handlungsfeldern „Kommune“, „Zivilgesellschaft“ und „Beratung und Pädagogik“, die „Lessons learnt“ zu identifizieren.

Herausgegeben wurde das 384 Seiten starke Buch von Reiner Becker, Gamze Damat, Eva Georg, Tobias Johann, Björn Milbradt unter Mitarbeit von Julia Bernstein, Christina Brinkmann, Christine Büttner, Laura Chihab, Gamze Damat, Zeynep Demir, Birgül Demirtas, Florian Diddens, Robert Erkan, Talya Feldmann, Eva Georg, Frank Greuel, Valentin Hacken, Torsten Hahnel, Tobias Johann, Heike Kleffner, Massimo Perinelli, Leo Roepert, Olivia Sarma, Marco Schott, Rachel Spicker, Fabian Virchow und Cora Weißert-Hartmann.

Nähere Informationen über das Buch und Bestellmöglichkeit unter

► <https://www.wochenschau-verlag.de/Lessons-learnt-Die-rechtsterroristischen-Anschlaege-von-Halle-und-Hanau/41690-Print-61690-PDF>

## 7.2 Erfolgreiche Premiere des Studiengangs „Beratung im Kontext Rechtsextremismus“ an der Uni Marburg

Auf Initiative und unter Federführung des Demokratiezentrum Hessen, das am Fachbereich Erziehungswissenschaften an der Philipps-Universität Marburg angesiedelt ist, wurde im Wintersemester 2022/23 an der Philipps-Universität erstmals der bundesweit einmalige weiterbildende Masterstudiengang „Beratung im Kontext Rechtsextremismus“ angeboten und durchgeführt. Im vergangenen Jahr 2024 nun schloss die erste Kohorte das Studium ab, und im Wintersemester 2024/25 begann eine weitere Gruppe diesen neuen Studiengang in Marburg.

Der kostenpflichtige weiterbildende Studiengang kann berufs begleitend studiert werden und richtet sich an Fachkräfte sowohl aus der Mobilen Beratung als auch aus angrenzenden Feldern der Beratung gegen Rechtsextremismus. Zudem steht er grundsätzlich Fachkräften offen, die einschlägige Vorerfahrungen sowohl in der Beratung als auch im Themenfeld Rechtsextremismus und Rassismus mitbringen. Der Studiengang möchte Fachkräften aus den genannten Handlungsfeldern eine fundierte universitäre Ausbildung ermöglichen, die Wissenschaft und Praxis verknüpft.

Ziel des Studiengangs ist es, Qualität und Professionalität im Berufsfeld der Beratung gegen Rechtsextremismus und der Demokratieförderung zu sichern und zu stärken. Denn trotz der hohen fachlichen Anforderungen in diesem Berufsfeld gibt es bislang kaum umfassende universitäre Aus- oder Weiterbildungsangebote. Ermöglicht wird der Studiengang mithilfe finanzieller Unterstützung des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur (HMWK).

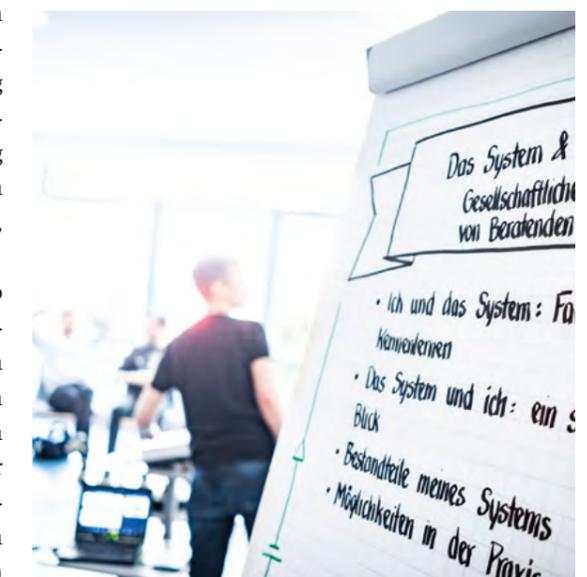
Ein erstes Fazit: Der Studiengang hat sich innerhalb kurzer Zeit als wissenschaftliches Weiterbildungsangebot erfolgreich etabliert, was sich nicht nur an den steigenden Studierendenzahlen zeigt, sondern auch in der veränderten Zusammensetzung der zweiten Kohorte. Während in der ersten Kohorte weit über die Hälfte der Studierenden bereits über einen Master- oder vergleichbaren Abschluss verfügten, sind in der aktuellen Kohorte (seit Wintersemester 2024/25)

fast ausschließlich Absolventinnen und Absolventen mit einem Bachelorabschluss vertreten.

Trotz der Zulassungsvoraussetzung einer mindestens einjährigen, bei Bachelorabschlüssen teilweise sogar zweijährigen einschlägigen Berufserfahrung liegt das Durchschnittsalter der aktuellen Kohorte 2024/2025 bei 33 Jahren – und damit rund zehn Jahre unter dem Durchschnitt vergleichbarer weiterbildender Masterstudiengänge an der Universität Marburg. Das deutet darauf hin, dass der Studiengang für B.A.-Absolventen, die in das Berufsfeld der Beratung oder Bildung im Kontext Rechtsextremismus und Demokratieförderung einmünden wollen, als adäquates akademisches Angebot angenommen wird.

Die Absolventinnen und Absolventen des Pilotstudiengangs, die 2024 erfolgreich ihren Master in „Beratung gegen Rechtsextremismus“ abgeschlossen haben, wurden in einer würdigen Festveranstaltung der Philipps-Universität Marburg am 29. November 2024 verabschiedet.

Informationen zum Studiengang siehe ► <https://uni-marburg.de/LhHqv>



### 7.3 Fachtag „Rechtsextremismus und Demokratiegefährdung – Herausforderungen für Arbeitsfelder der Pädagogik, Beratung und Sozialen Arbeit“ im November 2024 in Marburg

Im Zusammenhang mit dem weiterbildenden Masterstudiengang „Beratung im Kontext Rechtsextremismus“ (s. Kapitel 7.2) fand am 28. November 2024 in Marburg der Fachtag „Rechtsextremismus und Demokratiegefährdung – Herausforderungen für Arbeitsfelder der Pädagogik, Beratung und Sozialen Arbeit“ statt.

Lehrende, aber auch Absolventinnen und Absolventen des Studiengangs haben dabei gemeinsam mit weiteren Fachleuten aktuelle wissenschaftliche Befunde und praktische Herausforderungen für die oben genannten Handlungsfelder in Vorträgen und Workshops dargestellt und diskutiert.

Der Fachtag stieß auf große Resonanz und war binnen kurzer Zeit mit über 80 Teilnehmenden ausgebucht. Ziel der Veranstaltung war es, mit Fachleuten aus Wissenschaft und Praxis gemeinsam Bedarfe für eine wissenschaftlich fundierte Weiterbildung in spezifischen Arbeitsfeldern zu beleuchten, die sich angesichts gesellschaftspolitischer Herausforderungen

in der jeweiligen sozialen, beraterischen oder pädagogischen Arbeit stellen.

Nach verschiedenen Impulsvorträgen gab es zahlreiche Workshops u. a. zu Themen wie „Stark für Demokratie – Bedarfe, Potenziale und Ideen in der Lehrkräfte-Fortbildung“, „Beratung und die Frage nach Haltung“ oder „Alter Wein in neuen Schläuchen: Antisemitismus im Netz“.

Von rassismuskritischer frühkindlicher Bildung über den selbstkritischen Blick auf die Soziale Arbeit und Herausforderungen in der Weiterbildung bis zur Sensibilisierung der Polizei deckte der Fachtag eine breite Palette an Themen ab.

Der Fachtag bot insgesamt einen gelungenen Transfer zwischen Wissenschaft und Praxis. (zum Tagungsprogramm und Inhalten siehe <https://www.uni-marburg.de/de/fb21/studium/studiengaenge/master/m-a-beratung-im-kontext-rechtsextremismus/programm-rechtsextremismus-und-demokratiegefaehrung>)



Tina Dürr, stellvertretende Leiterin des Demokratiezentrum Hessen und Koordinatorin des Studiengangs „Beratung im Kontext Rechtsextremismus“ bei der Begrüßung zur Fachtagung im November 2024.

Foto: Demokratiezentrum Hessen

### 7.4 Podcast-Reihe „Extreme Zeiten“ des Demokratiezentrum stößt weiterhin auf gute Resonanz



Seit Ende 2022 produziert das Demokratiezentrum Hessen unter dem Titel „Extreme Zeiten“ regelmäßig Audio-Podcasts mit einem monatlichen Schwerpunktthema, zu dem jeweils kompetente Interviewpartner\*innen befragt werden. Sie geben Einblick in ihre Arbeit, berichten von ihren Erfahrungen und sprechen Handlungsempfehlungen aus zu Problemen wie Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus oder Verschwörungen. Moderiert werden die

Podcastfolgen von Angela Fitsch, langjährige Redakteurin und Moderatorin beim Hessischen Rundfunk. Mittlerweile hat sich die Audio-Reihe unter der Hörschaft gut etabliert und wird gerne verfolgt.

Im Jahr 2024 gab es folgende Folgen: „Erziehung zum Empowerment“, „Rechtspopulisten und die Jugend“, „Aktiv werden gegen Rechtsextremismus“, „Hass im Netz begegnen“, „Proteste und soziale Bewegungen“, „Starke Lehrer – starke Schüler“, „Die Macht rechtspopulistischer Sprache“, „Rechtsextremismus und Gender“, „Anastasia Bewegung“, „Ein Jahr 7. Oktober“, „Landtagswahlen in Ostdeutschland“ und „Jugendliche zwischen Religion und Extremismus“.

Die Podcast-Folgen können auf der Website <https://beratungsnetzwerk-hessen.de/extreme-zeiten/> und bei allen gängigen Podcast-Anbietern jederzeit angehört und heruntergeladen werden.

### 7.5 Leih-Ausstellung „RECHTSaußen – MITTENDrin“ und Poster-Alternative 2024 stark nachgefragt



Bereits seit 2015 stellt das Beratungsnetzwerk Hessen die mobile Leih-Ausstellung unter dem Titel

„RECHTSaußen – MITTENDrin? Rechtsextremismus: Erscheinungsformen und Handlungsmöglichkeiten“ Schulen, Vereinen, Parteien, Initiativen und anderen interessierten Institutionen kostenfrei zur Verfügung. Dazu gibt es eine eigene begleitende Website mit Zusatzinformationen und Lehrmaterialien. Die 26 Roll-Ups umfassende Ausstellung ist ein anschauliches Beispiel für die praktische Informations- und Präventionsarbeit des Beratungsnetzwerks Hessen, was auch die große Nachfrage danach belegt.

Im vergangenen Jahr 2024 wurde die Ausstellung insgesamt neun Mal verliehen. So war sie – zum Teil für einen längeren Zeitraum – zu sehen in Marburg, Braunfels, Kassel, Löhnberg, Frankfurt, der Wetterau, Friedrichsdorf, noch mal in Kassel und im Rheingau.

Außerdem wurde 2024 besonders oft die alternativ zur Präsenzausstellung angebotene Möglichkeit zum Ausdruck einer vom Demokratiezentrum Hessen zur Verfügung gestellten Posterdatei mit den einzelnen Roll-Up-Darstellungen genutzt. Insgesamt

gab es dazu 25 Anfragen im vorigen Jahr – darunter auch mehrfach von Institutionen außerhalb Hessens. Nähere Informationen zur Ausstellung und den Ausleihbedingungen gibt es unter <http://www.rechts-aussen.de/>

## 7.6 Publikationen

### 7.6.1 Ausführlicher Jahresbericht 2023 mit statistischen Zahlen und Überblick über Aktivitäten und Arbeiten des Netzwerks

Das Demokratiezentrum Hessen veröffentlichte im Spätsommer 2024 in einem sehr umfangreichen Jahresbericht seine ausführliche Bilanz der im Jahr 2023 erfolgten Aktivitäten, Tätigkeiten, Änderungen und Neuerungen im Beratungsnetzwerk Hessen oder im Demokratiezentrum. Darin gab es auch ein Schwerpunktthema „Schule“ mit einer nützlichen Übersicht über diesbezügliche Beratungs- und Bildungsangebote in Hessen.

Der 76 Seiten umfassende Jahresbericht 2023 liegt in einer Online- und Druckversion vor. Siehe dazu auch Artikel auf <https://beratungsnetzwerk-hessen.de/2024/09/11/umfangreicher-jahresbericht-2023-ueber-arbeit-des-beratungsnetzwerks-hessen-erschienen/> und das PDF auf [https://beratungsnetzwerk-hessen.de/wp-content/uploads/2024/09/finalversion-Jahresbericht-2023-Beratungsnetzwerk-hessen\\_doppelseitig.pdf](https://beratungsnetzwerk-hessen.de/wp-content/uploads/2024/09/finalversion-Jahresbericht-2023-Beratungsnetzwerk-hessen_doppelseitig.pdf)

Mit den regelmäßigen detaillierten Jahresberichten wird nicht nur eine Art jährlicher Rechenschaftsbericht vorgelegt, sondern damit soll auch eine breite Öffentlichkeit auf die vielfältigen Aufgaben, Arbeiten und Herausforderungen des Netzwerks und des Demokratiezentrums als seiner Fach-, Koordinierungs- und Geschäftsstelle aufmerksam gemacht und die von Bund und Land geförderte Einrichtung grundsätzlich vorgestellt werden.

Integriert ist in dem Bericht als Kernstück eine ausführliche statistische Auswertung der Beratungsfälle sowie der Bildungs- und Präventionsmaßnahmen des Jahres 2023. Daneben finden sich Berichte, Bilanzen und Ausblicke aus der praktischen Arbeit vor Ort, Texte über alle Neuigkeiten im Beratungsnetzwerk, über Treffen, Tagungen und Fortbildungsveranstaltungen sowie zur Finanzierung und zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.



### 7.6.2. Weitere Ausgaben der Zeitschrift „Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit“

Die im Wochenschau Verlag erscheinende umfangreiche Zeitschrift „Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit“ im DIN-A-5-Buchformat wird inhaltlich maßgeblich vom Demokratiezentrum Hessen erarbeitet, wo auch die Themen- und Beitragskoordination sowie die Redaktion stattfindet, und bietet ein wissenschaftliches Forum für Demokratiestärkung und gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Sie ist eine Plattform für den gegenseitigen Austausch guter Ansätze aus Wissenschaft und Praxis gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Antisemitismus, Antiziganismus, Rassismus, Rechtsextremismus, gewaltorientierten Islamismus und andere Abwertungs- und Ausgrenzungsphänomene und erscheint zweimal im Jahr – so auch 2024.



Die zweite Ausgabe 2/2024 trug den Titel „Kommunale Konfliktberatung“: Kommunen sind sozialpolitische Mikrokosmen, in denen lokale Gemeinwesen und demokratische Teilhabe gestaltet werden. Der Schwerpunkt dieser Ausgabe widmet sich daher

Fragen der Bearbeitung von Konflikten auf kommunaler Ebene: Wie werden Konflikte lokal ausgetragen? Wie lassen sie sich konstruktiv bearbeiten? Und was bedeutet kommunale Konfliktbearbeitung für unsere Demokratie?

In den Beiträgen wird aus theoretisch wie praktisch versierter Sicht nach der konstruktiven Bearbeitung kommunaler Streitthemen, wichtigen Akteur\*innen wie der Polizei und der Rolle kommunaler Konfliktbearbeitung für Demokratie, Menschenrechte und gesellschaftlichen Zusammenhalt gefragt. (siehe auch <https://beratungsnetzwerk-hessen.de/2024/12/09/neue-ausgabe-von-demokratie-gegen-menschenfeindlichkeit-zum-thema-kommunale-konfliktbearbeitung/>)

Die Zeitschrift „Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit“ erscheint halbjährlich im Wochenschau Verlag. Zum Kennenlernen stellt der Verlag allen Interessierten das aktuelle Heft kostenlos zur Verfügung. Alle Informationen zum Inhalt und zur Anforderung eines Gratis-Probehefts unter <https://demokratie-gegen-menschenfeindlichkeit.de/>, <http://demokratie-gegen-menschenfeindlichkeit.de/aktuelles-heft/> und [https://demokratie-gegen-menschenfeindlichkeit.de/gratis-probeheft.](https://demokratie-gegen-menschenfeindlichkeit.de/gratis-probeheft/)



Das Heft 1/2024 der Zeitschrift „Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit“ befasste sich mit dem Schwerpunktthema „Demokratierelevante Bedrohung“. Hintergrund: Seit einigen Jahren richten sich Anfeindungen und Angriffe gegen die Demokratie selbst, ihre Institutionen, gewählte Re-

präsentant\*innen, Amts- und Mandatsträger\*innen und all jene, die dem „verhassten“ Staat zugeordnet werden. Die Bedrohungen richten sich etwa gegen jene, die im Zuge der Demokratisierung mehr Teilhabe und Gleichwertigkeit einfordern und zugebilligt bekommen. Das Schwerpunktheft „Demokratierelevante Bedrohungen“ der Zeitschrift „Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit“ Nr. 1/24 zeigt einen Ausschnitt solcher Bedrohung. Dabei werden primär Angriffe auf bzw. in demokratische Strukturen, Institutionen und engagierte Personen zum zentralen Thema. (siehe auch <https://beratungsnetzwerk-hessen.de/2024/06/17/zeitschriftenausgabe-beschaeftigt-sich-mit-demokratierelevanten-bedrohungen-gegen-engagierte-menschen/>)

*Persönliche Begegnungen und intensiver Erfahrungsaustausch untereinander sind Grundvoraussetzungen für eine effektive Vernetzungsarbeit, damit gemeinsame Ziele gestärkt umgesetzt werden können und die Arbeit fortlaufend weiterentwickelt wird. Das gilt auch für das Beratungsnetzwerk Hessen in seinem Einsatz für Demokratie und gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Zahlreiche Treffen, interne Runden, regelmäßige Gremiensitzungen wie auch Fachtagungen oder Workshops bieten dafür angemessen Platz und Gelegenheit, das starke Geflecht des Netzwerks in Hessen zu stabilisieren und auszubauen. Auch 2024 war dies der Fall.*

## 8.1 Regelmäßige Vernetzungstreffen

Zwei bis drei Mal im Jahr finden sogenannte Vernetzungstreffen des „Beratungsnetzwerks Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ statt. Die Treffen, an denen durchschnittlich zwischen ca. 80 und 100 Personen aus ganz Hessen teilnehmen, werden vom Demokratiezentrum einberufen und organisiert, enthalten üblicherweise am Vormittag einen informativen Vortragsteil eines meist externen Experten bzw. einer Expertin und dienen nachmittags neben dem Austausch über Grundfragen zu den Beratungsprozessen auch zur inhaltlichen und konzeptionellen Planung und

Abstimmung von Bildungs- und Präventionsmaßnahmen in Gruppen sowie dem intensiven Informationsaustausch über aktuelle Entwicklungen zu Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Hessen.

Im vergangenen Jahr gab es am 18. April ein Vernetzungstreffen in Stadtlendorf, bei dem u. a. ein interessanter Vortrag der Politikwissenschaftlerin Dr. Julia Leser vom Institut für Europäische Ethnologie an der Humboldt-Universität Berlin aufschlussreiche Erkenntnisse und Informationen unter dem Titel „Zum Aufstieg und Einfluss der extremen Rechten in Ostdeutschland und darüber hinaus“ bot. Sie berichtete z. B. von Untersuchungen zu AfD-Veranstaltungen in Dorfgasthäusern in Ostdeutschland, bei denen das Thema einer angewachsenen Wolfpopulation kritisch thematisiert, instrumentalisiert und in Analogie dazu generell vor vermeintlich gefährlichen Eindringlingen – wie Migranten – Stimmung gegen Zugewanderte gemacht werde. So werde die Figur des Wolfs als das bedrohliche, invasive „Andere“ diskursiv gleichgesetzt mit der Figur des Migranten. Ein anderes Beispiel war der Fall eines kleinen Dorfmuseums im Osten, das die AfD in „Heimat“-Museum umbenennen wollte und bei dem die AfD so lange gegen die engagierte Museumsleiterin wettete, bis diese tatsächlich entlassen, das Museum geschlossen und damit ein wichtiger Teil kulturellen Lebens im Dorf entfernt wurde.

Am 14. November kamen Mitglieder und Partner des Netzwerks in Marburg zum Vernetzungstreffen zusammen, bei dem die Sorge um die gesellschaftspolitische Entwicklung nach „rechts“ einerseits und andererseits um den Fortbestand insbesondere kleinerer Träger in der Arbeit für Demokratie aufgrund



*„Zum Aufstieg und Einfluss der extremen Rechten in Ostdeutschland und darüber hinaus“ hieß der interessante Vortrag von Dr. Julia Leser vom Institut für Europäische Ethnologie an der Humboldt-Universität Berlin beim Vernetzungstreffen im April in Marburg.*

# 8. VERNETZUNG, AUSTAUSCH, WEITERENTWICKLUNG

der Förderprogrammwechsel in Bund und Land zum Jahreswechsel spürbar war. Der Vormittag stand ganz im Zeichen eines interessanten Vortrags von Eva Berendsen von der Frankfurter Bildungsstätte Anne Frank. Sie hat sich intensiv mit dem Thema Antisemitismus in den sozialen Medien seit dem Hamas-Terrorangriff bzw. den Hamas-Terrorangriffen in Israel am 7. Oktober 2023 auseinandergesetzt und stellte in ihrem Vortrag „Die TikTok-Intifada – Der 7. Oktober & die Folgen im Netz“ ihre Analysen und Handlungsempfehlungen vor und gab Einblicke in die Funktionsweise dieser immer wichtiger werdenden Social-Media-Plattform und ihrer Missbrauchsgefahren. Vor allem im Bereich Schule seien nach dem 7. Oktober 2023 auf TikTok festgefahrene antisemitische Haltungen festzustellen, wobei sich Antisemitismus oft auf Umwegen z. B. in Verschwörungserzählungen ausdrücke, so Berendsen. (siehe auch Kapitel 5 in diesem Jahresbericht)



Eva Berendsen bei ihrem Vortrag „Die TikTok-Intifada – Der 7. Oktober & die Folgen im Netz“ im November in Marburg.

## 8.2. Austausch bei Treffen der mobilen Beratungsteams

Die mobilen Beraterinnen und Berater des Beratungszentrums treffen sich in der Regel dreimal im Jahr zu projektrelevanten Themen und zur kollegialen Fallberatung. Dabei werden gemeinsam mit dem Demokratiezentrum intern Erfahrungen ausgetauscht, eventuelle Probleme angesprochen und zu lösen versucht sowie die künftige Arbeit der Intervention, Prävention und Beratung besprochen, die die Kolleginnen und Kollegen vor Ort an der Basis leisten.

2024 gab es am 22. März und am 21. Juni jeweils in Frankfurt ein solches Treffen. Darüber hinaus wurde – ebenfalls in Frankfurt – am 31. Oktober und 1. November eine zweitägige Klausurtagung des Beraterteams durchgeführt, in der es unter anderem einen Workshop „Antiziganismus“ und einen Vortrag „Digitaler Faschismus“ gab.

## 8.3 Qualitätszirkel-Treffen für die Weiterentwicklung

Mehrmals im Jahr und nach Bedarf finden Treffen des sogenannten Qualitätszirkels des Beratungszentrums Hessen statt. Denn die kontinuierliche Qualitätsentwicklung ist eine Daueraufgabe des Demokratiezentrums und des Netzwerks, auf die großer Wert gelegt wird. So wurde das Beratungszentrum Hessen bundesweit als erstes Beratungszentrum bei der ArtSet Qualitätstestierung GmbH im Januar 2011 qualitativ getestet und im 2019 für vier weitere Jahre erfolgreich retestiert.

Der Qualitätszirkel ist eine Arbeitsgruppe, die 2009 gegründet wurde und strategische Entwicklungsziele formuliert sowie die Prozesse des Qualitätsmanagements unterstützt. Er setzt sich aus Mitgliedern des Beratungszentrums zusammen und bildet dabei die verschiedenen Akteursgruppen des Beratungszentrums ab: Lenkungsgruppe, Demokratiezentrum, Expertenpool, Beraterinnen und Berater. Die Aufgaben des Qualitätszirkels umfassen die systematische Erörterung von Qualitäts- und Verfahrensfragen, Ide-

enmanagement für Entwicklungsziele, Evaluationen von Berater\*innen und Teams, Qualitätschecks sowie Entwicklung und Realisierung konkreter Indikatoren zur Überprüfung.

2024 tauschten sich die Mitglieder des Qualitätszirkels am 21. Februar (online) und am 4. September bei einem Treffen in Marburg aus.

## 8.4 Treffen der Lenkungsgruppe – Strategie und Zukunftsfragen

In halbjährlichen Abständen (oder aus besonderem Anlass) trifft sich die Lenkungsgruppe, die für die Fortentwicklung des Projekts im Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ zuständig ist. Sie setzt sich paritätisch aus staatlichen und zivilgesellschaftlichen Trägern zusammen.

Die Lenkungsgruppe leitet strategisch die Umsetzung des Programms, verantwortet und steuert die Aktivitäten im Netzwerk, gewährleistet einen regel-

mäßigen Informationsaustausch mit den Landesressorts über die Arbeit des Beratungszentrums und der mobilen Beratungsteams, implementiert weitere erforderliche Ressourcen, die für eine qualitative Arbeit notwendig sind, nimmt gegenüber dem Demokratiezentrum die Aufsichtsfunktion wahr und entscheidet über die Aufnahme neuer Mitglieder im Beratungszentrum Hessen. Im Jahr 2024 fanden die Treffen der Lenkungsgruppe am 11. März und am 14. Oktober jeweils in Wiesbaden statt.

## 8.5 Treffen der „Partnerschaften für Demokratie“

„Partnerschaften für Demokratie“ (Pfd) sind lokale bzw. regionale Bündnisse, in denen Handlungskonzepte zur Förderung von Demokratie und Vielfalt entwickelt und umgesetzt werden. Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ unterstützt gezielt kommunale Gebietskörperschaften (Städte, Landkreise und kommunale Zusammenschlüsse) beim Aufbau der „Partnerschaften für Demokratie“, die zusätzlich durch das Hessische Ministerium des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz gefördert werden.

Damit soll bewusst ziviles Engagement und demokratisches Verhalten auf der kommunalen, regionalen und überregionalen Ebene gefördert werden. So werden Vereine, Projekte und Initiativen unterstützt, die sich der Förderung von Demokratie und Vielfalt widmen und insbesondere gegen Rechtsextremismus und Phänomene gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wie z. B. Rassismus oder Antisemitismus arbeiten.

2015 wurde ein eigenes Austauschtreffen für die derzeit fast 30 hessischen Partnerschaften für Demokratie (Stand Anfang 2025) etabliert, das in der Regel zwei Mal jährlich mit Vertreterinnen und Vertretern des Demokratiezentrums stattfindet. Diese Treffen dienen sowohl der Abstimmung von Arbeitsprozessen als auch der spezifischen Fort- und Weiterbildung, die u. a. über das Demokratiezentrum organisiert und angeboten werden können. Da die „Partnerschaften für Demokratie“ eine immer größere Rolle als kommunales Bindeglied für die verschiedenen Angebote spielen, die vom Demokratiezentrum koordiniert werden, sind diese Treffen für alle Beteiligten besonders bedeutend.

2024 fand ein Vernetzungstreffen der hessischen „Partnerschaften für Demokratie“ (Pfd) am 30. April in Wiesbaden sowie eine Klausurtagung am 2. und 3. Mai auf der Burg Ludwigstein (Werra-Meißner-Kreis) statt.

## 8.6 Modulare Weiterbildungen sichern Professionalität

Das Beratungsnetzwerk Hessen legt großen Wert auf eine professionelle, einheitlich qualitative Weiterbildung von Beraterinnen und Beratern. Deshalb organisiert das Demokratiezentrum Hessen seit langem gezielt Fortbildungsseminare als modulare Weiterbildungsreihe. Bereits seit 2012 wird die modulare Weiterbildungsreihe „Systemische Beratung im Kontext Rechtsextremismus“ vom Demokratiezentrum Hessen koordiniert und in Kooperation mit dem Systemischen Institut Tübingen durchgeführt.

Die Weiterbildungsreihe richtet sich überwiegend an mobile Beraterinnen und Berater sowie an Beraterinnen und Berater der Opferberatung und der Ausstiegs- und Distanzierungsberatung. Seit 2016 wird diese Weiterbildungsreihe auch bundeslandübergreifend angeboten.

2024 nahmen insgesamt 60 Beraterinnen und Berater an den Kursangeboten teil. Es fanden zwei Aufbaukurse statt, die jeweils vier dreitägige Module umfassten. Daneben fanden vier Supervisionskurse mit zwei zweitägigen Veranstaltungen für die Ausbildungsjahrgänge statt, in denen die Beraterinnen und

Berater gemeinsam die Erfahrungen in der Anwendung des erworbenen Handwerkszeugs reflektieren.

Bis Ende 2024 haben damit insgesamt 347 Mobile Berater\*innen und Opfer- sowie Ausstiegsberater\*innen aus allen Bundesländern an der modularen Weiterbildung „Systemische Beratung im Kontext Rechtsextremismus“ des Demokratiezentrum Hessen teilgenommen.

Hinweis: Bisher wurde die Systemische Weiterbildung aus Sondermitteln finanziert, die aber aufgrund von Einsparungen in der neuen Förderperiode nicht mehr zur Verfügung stehen werden. Daher muss die Weiterbildung ab 2025 eingestellt werden. Das Demokratiezentrum Hessen hofft aber, mit einer organisatorischen Neuausrichtung künftig wieder eine Weiterbildungsreihe anbieten zu können.

Nähere Informationen > <https://beratungsnetzwerk-hessen.de/forschung-weiterbildung/systemische-weiterbildungsreihe/>

# 9. FINANZIERUNG

## Finanzielle Förderung



Gefördert im Rahmen des Landesprogramms

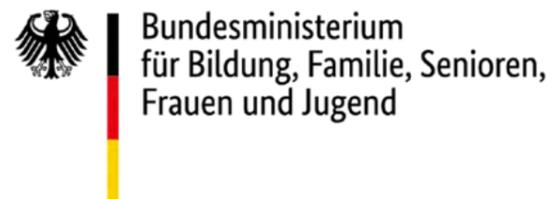
### HESSEN AKTIV FÜR DEMOKRATIE UND GEGEN EXTREMISMUS

Die Arbeit des „Beratungsnetzwerks Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ und des Demokratiezentrum Hessen als dessen Fach-, Koordinierungs- und Geschäftsstelle wird aus Fördermitteln des Bundes und des Landes finanziert. Die Förderung erfolgt im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ des Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) sowie des Landesprogramms „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ des Hessischen Ministeriums des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz.

Die Fördermittel von Bund und Land sind in den letzten Jahren – auch als Konsequenz der gesellschaftlich angespannten Situation – immer wieder gestiegen und aufgestockt worden.

2024 standen für die Arbeit insgesamt ca. insgesamt rund 3.338.000 Millionen Euro zur Verfügung: rund 1.150.000 Euro aus dem oben genannten Landesprogramm und ca. rund 2.230.000 Euro aus dem Bundesprogramm.

Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

## 10. PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITS- ARBEIT

Um die Arbeit und das Wirken des Beratungsnetzwerks und des Demokratiezentrum Hessen in der Öffentlichkeit bekannter zu machen und die interne und externe Kommunikation zu fördern, gibt es beim Demokratiezentrum Hessen eine kleine Pressestelle für die Medien sowie für Mitglieder des Beratungsnetzwerks in Fragen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (Kontaktinformationen siehe Info-Kasten auf Seite 64). Aufgabe der Pressestelle ist daneben u. a. die regelmäßige Pflege der Website des Demokratiezentrum und des Beratungsnetzwerks Hessen mit einem aktuellen Veranstaltungskalender, mit News und Informationen zu den vielen Angeboten des Netzwerks sowie des Facebook-Auftritts. Sie ist außerdem verantwortlich für die Leihausstellung „RECHTSaußen – MITTENDrin? Rechtsextremismus: Erscheinungsformen und Handlungsmöglichkeiten“ und deren Begleit-Website.

Im vorigen Jahr 2024 war die Expertise des Demokratiezentrum und Beratungsnetzwerks Hessen in den Medien u. a. gefragt zu den unerwartet großen Demonstrationen gegen Rechtsextremismus Anfang des Jahres 2024, zum Thema Rechtsextremismus im Umfeld Schule, zu zunehmenden Angriffen auf Lokalpolitiker einerseits und Angeboten für kommunalpolitisch Verantwortliche und Verwaltungen andererseits oder zu Naziparolen in der Mitte der Gesellschaft, wie im sogenannten Sylt-Video mit Hass-Gesängen Jugendlicher offenbart, sowie zu Attacken auf die Kultur aus dem extrem rechten Milieu. Aber auch sonst berichteten Presse, Hörfunk und Fernsehen immer wieder über unsere Arbeit und fragten nach fachlichen Informationen.

Untenstehend eine kleine Auswahl des Medienechos 2024. Aus urheberrechtlichen Gründen werden hier nur Medienbeiträge mit einer öffentlich zugänglichen URL und der jeweiligen Artikelveröffentlichung als Link angegeben (Abfragestand: Januar 2025).

- „Rechtsextremismus, Rassismus und Demokratiefreundlichkeit – Dr. Reiner Becker über Politikwissenschaften“, Podcast des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur (HMWK) (03.01.2024) [▶ https://www.hessen-schafft-wissen.de/artikel/podcast-reiner-becker](https://www.hessen-schafft-wissen.de/artikel/podcast-reiner-becker)
- Video „Demos gegen Rechtsextremismus: Warum Hessen auf die Straße gehen“, u. a. mit Tina Dürr vom Demokratiezentrum Hessen (05.02.2024, Hessenschau) [▶ https://www.hessenschau.de/gesellschaft/demos-gegen-rechtsextremismus-warum-hessen-auf-die-strasse-gehen-video-193140.html](https://www.hessenschau.de/gesellschaft/demos-gegen-rechtsextremismus-warum-hessen-auf-die-strasse-gehen-video-193140.html)
- „Demokratiezentrum: Rechtsextreme Einstellungen nehmen zu“ (dpa, 25.02.2024) [▶ https://www.sueddeutsche.de/bildung/marburg-demokratiezentrum-rechtsextreme-einstellungen-nehmen-zu-dpa-urn-newsml-dpa-com-20090101-240225-99-116548](https://www.sueddeutsche.de/bildung/marburg-demokratiezentrum-rechtsextreme-einstellungen-nehmen-zu-dpa-urn-newsml-dpa-com-20090101-240225-99-116548)
- „Rechtsextremismus im Umfeld Schule. Bildungs- und Präventionsangebote des Beratungsnetzwerks Hessen“ in Hessische Lehrerzeitung (HLZ) 3/2024, S.10–11 (01.03.2024) [▶ https://www.gew-hessen.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=9212&token=ac6fde53db046a1e0c9b3a44b2679034266bbdc8](https://www.gew-hessen.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=9212&token=ac6fde53db046a1e0c9b3a44b2679034266bbdc8) und [▶ https://www.gew-hessen.de/friedensarbeit/rechtsextremismus/details/rechtsextremismus-im-umfeld-schule](https://www.gew-hessen.de/friedensarbeit/rechtsextremismus/details/rechtsextremismus-im-umfeld-schule)
- „Angriffe auf Kommunalpolitiker nehmen zu“, Beitrag im Satr-Regionalmagazin für Rheinland-Pfalz und Hessen (Sat 1, 05.03.2024) [▶ https://www.173olive.de/angriffe-auf-kommunalpolitiker-nehmen-zu/](https://www.173olive.de/angriffe-auf-kommunalpolitiker-nehmen-zu/)
- „Gewalt, Beleidigungen, Sachbeschädigung. Mehr Angriffe auf Politiker – zwei Parteien besonders betroffen“ (Hessenschau, 22.03.2024) [▶ https://www.hessenschau.de/politik/mehr-angriffe-auf-politiker-in-hessen---gruene-und-afd-besonders-betroffen-v1,angriffe-politiker-100.html](https://www.hessenschau.de/politik/mehr-angriffe-auf-politiker-in-hessen---gruene-und-afd-besonders-betroffen-v1,angriffe-politiker-100.html)

- „Schutz vor Extremismus. Wenn der Vereinskamerad in der AfD-Jugend ist“ (Hessenschau, 22.03.2024) [▶ https://www.hessenschau.de/gesellschaft/schutz-vor-extremismus-wenn-der-vereinskamerad-in-der-afd-jugend-ist-v3-feuerwehr-extremismus-100.html](https://www.hessenschau.de/gesellschaft/schutz-vor-extremismus-wenn-der-vereinskamerad-in-der-afd-jugend-ist-v3-feuerwehr-extremismus-100.html)
- „Politikwissenschaftler Becker über Netzwerke wie die Frankfurter Tafelrunde: „Keinesfalls unterschätzen““ (Frankfurter Rundschau, 24.03.2024) [▶ https://www.fr.de/frankfurt/politik-wissenschaftler-becker-ueber-netzwerke-wie-die-frankfurter-tafelrunde-keinesfalls-unterschaetzen-92910793.html](https://www.fr.de/frankfurt/politik-wissenschaftler-becker-ueber-netzwerke-wie-die-frankfurter-tafelrunde-keinesfalls-unterschaetzen-92910793.html)
- „Das „Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“. Hilfe und Angebote auch für kommunalpolitisch Verantwortliche und Verwaltungen“, in: Die Hessische Kommunale 2-2024, S. 7–8, April 2024 [▶ https://sgk-hessen.de/wp-content/uploads/2024/05/Hessische-Kommunale-2-2024.pdf](https://sgk-hessen.de/wp-content/uploads/2024/05/Hessische-Kommunale-2-2024.pdf)
- „Demokratiezentrum Hessen – Beratungsstelle meldet Rekord bei Anfragen wegen Rechtsextremismus“ (Hessenschau, 13.05.2024) [▶ https://www.hessenschau.de/gesellschaft/hessen-beratungsstelle-meldet-rekord-bei-anfragen-wegen-rechtsextremismus-v2,beratungen-gegen-rechts-100.html](https://www.hessenschau.de/gesellschaft/hessen-beratungsstelle-meldet-rekord-bei-anfragen-wegen-rechtsextremismus-v2,beratungen-gegen-rechts-100.html)
- „Politologe: Lübcke-Mord war Tiefpunkt der Demokratie“ („epd“, 31.05.2024) [▶ https://www.evangelisch.de/inhalte/230261/31-05-2024/politologe-luebcke-mord-war-tiefpunkt-der-demokratie](https://www.evangelisch.de/inhalte/230261/31-05-2024/politologe-luebcke-mord-war-tiefpunkt-der-demokratie)
- „Vergiftete Worte – und alle singen mit?!“ (u. a. mit Tina Dürr vom Demokratiezentrum Hessen) (Sendungspodcast auf hr INFO, 03.06.2024) [▶ https://www.hr-inforadio.de/podcast/der-tag/vergiftete-worte--und-alle-singen-mit-podcast-episode-131666.html](https://www.hr-inforadio.de/podcast/der-tag/vergiftete-worte--und-alle-singen-mit-podcast-episode-131666.html)
- „Hessen. Was Schulen gegen zunehmende rechtsextremistische Vorfälle in Hessen tun können“ (hessenschau.de, 27.07.2024) [▶ https://www.hessenschau.de/gesellschaft/was-schulen-gegen-zunehmende-rechtsextremistische-vorfalle-in-hessen-tun-koennen-v1,rassismus-schulen-hessen-100.html](https://www.hessenschau.de/gesellschaft/was-schulen-gegen-zunehmende-rechtsextremistische-vorfalle-in-hessen-tun-koennen-v1,rassismus-schulen-hessen-100.html)
- „Beleidigung, Nötigung, Stalking: Immer wieder Angriffe auf Mitarbeiter in regionaler Verwaltung und Politik“ (Offenbach Post, 18.08.2024) [▶ https://www.op-online.de/offenbach/noetigung-stalking-erpressung-93247497.html](https://www.op-online.de/offenbach/noetigung-stalking-erpressung-93247497.html)
- „Attacken auf die Kultur: Ein Aggressiver Kampf um Deutungshoheit“ (Frankfurter Rundschau, 08.10.2024) [▶ https://www.fr.de/frankfurt/attacken-auf-die-kultur-aggressiver-kampf-um-deutungshoheit-93344425.html](https://www.fr.de/frankfurt/attacken-auf-die-kultur-aggressiver-kampf-um-deutungshoheit-93344425.html)
- „Doppelkopf: am Tisch mit Reiner Becker, Demokratiezentrum Hessen“, Gespräch über die Arbeit des Demokratiezentrum und des Beratungsnetzwerks (hr 2, 01.11.2024) [▶ https://www.hr2.de/programm/doppelkopf/doppelkopf-mit-reiner-becker-demokratiezentrum-hessen,epg-doppelkopf-2866.html](https://www.hr2.de/programm/doppelkopf/doppelkopf-mit-reiner-becker-demokratiezentrum-hessen,epg-doppelkopf-2866.html) und [▶ https://www.hr2.de/podcasts/doppelkopf/es-gibt-eine-grosse-hilflosigkeit-die-ich-voellig-nachvollziehen-kann--reiner-becker-demokratiezentrum-hessen.podcast-episode-135902.html](https://www.hr2.de/podcasts/doppelkopf/es-gibt-eine-grosse-hilflosigkeit-die-ich-voellig-nachvollziehen-kann--reiner-becker-demokratiezentrum-hessen.podcast-episode-135902.html)

Weitere Informationen für die Presse:

- ▶ <https://beratungsnetzwerk-hessen.de/infos-presse/presse/>, Informationsmaterialien:
- ▶ <https://beratungsnetzwerk-hessen.de/infos-presse/info-material/>

## Alle zwei Monate regelmäßige Monitoring-Berichte über Lagebild in Hessen

Ein fester Bestandteil der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Demokratiezentrum Hessen sind auch die regelmäßigen, übersichtlichen Monitoring-Berichte. Sie dokumentieren unterschiedliche Vorkommnisse, Aktivitäten und Auffälligkeiten im Bereich Rechtsextremismus und aus dem rechtsextremen Milieu sowie damit einhergehende antidemokratische und menschenfeindliche Vorkommnisse, Aktivitäten und Auffälligkeiten in Hessen in einem bestimmten Zeitraum. Die Monitoring-Berichte erscheinen in regelmäßigen Abständen – in der Regel zweimonatlich, sechs Mal im Jahr. Das Demokratiezentrum stellt die gestalteten Berichte, die nur als Online-Ausgaben erstellt werden (nicht als gedruckte

Exemplare), auch auf der Website der Öffentlichkeit zur Verfügung.

Grundlage der Monitoring-Recherchen sind öffentlich zugängliche, offizielle und selbst recherchierte Quellen wie Polizeiberichte, Presse- und Medienberichte, Internetpräsenzen und Beiträge in sozialen Netzwerken.

Nähere Informationen ▶ <https://beratungszentrum-hessen.de/infos-presse/monitoring-berichte/>

HINWEIS: Ende 2024 mussten die Monitoring-Berichte aus Personalgründen ausgesetzt werden. Im Laufe des Jahres 2025 sollen sie aber wieder regelmäßig erstellt und veröffentlicht werden.

### Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Demokratiezentrum Hessen im Beratungszentrum Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus

Die Pressestelle ist derzeit vormittags besetzt und telefonisch erreichbar in der Regel montags bis freitags von ca. 9 bis 13 Uhr.

#### Kontaktdaten:

Gerolf Nittner · Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Demokratiezentrum Hessen im Beratungszentrum Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus · Philipps-Universität Marburg · Institut für Erziehungswissenschaft  
Wilhelm-Röpke-Straße 6 · 35032 Marburg

Tel.: 0 64 21 / 28 - 23 027 · E-Mail: [gerolf.nittner@staff.uni-marburg.de](mailto:gerolf.nittner@staff.uni-marburg.de) · Fax: 0 64 21 / 28 - 24 577  
Web: ▶ [www.beratungszentrum-hessen.de](http://www.beratungszentrum-hessen.de) · ▶ [www.facebook.com/Beratungszentrum](https://www.facebook.com/Beratungszentrum)

# 12. ANHANG

## DIE MITGLIEDER DES BERATUNGSNETZWERKS HESSEN / EXPERTENPOOL

Dem „Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ gehören zahlreiche Institutionen, Organisationen und Verbände – staatliche und freie Träger – aus Hessen an. Sie bilden ein professionelles Netzwerk und unterstützen als „Expertenpool“ kompetent und zeitnah die Projekte und Arbeit der Beraterinnen und Berater vor Ort. Zu den Mitgliedern dieses Expertenpools zählen (in alphabetischer Reihenfolge – Stand: Februar 2025, 54 Mitglieder):

- Antifaschistische Bildungsinitiative e. V.  
➤ <http://www.antifa-bi.de/>
- Arbeiterwohlfahrt Rheingau-Taunus-Kreis mit dem Projekt „Menschenwürde“  
➤ <https://www.awo-rtk.de/projekt-menschenwuerde/>
- Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen – Landesausländerbeirat  
➤ <http://www.agah-hessen.de/>
- Arbeit und Bildung e. V. (Marburg) mit Projekten zu Extremismusprävention, Dialog und Vielfalt  
➤ <https://www.arbeit-und-bildung.de/>
- Arbeit und Leben – DGB/VHS-Landesarbeitsgemeinschaft Hessen: „Gestaltungsraum Arbeitswelt“  
➤ [www.gestaltungsraum-arbeitswelt.de](http://www.gestaltungsraum-arbeitswelt.de)
- Arolsen Archives – International Center on Nazi Persecution (früher: International Tracing Service (ITS))  
➤ <https://arolsen-archives.org/>
- Bildungsstätte Anne Frank e. V.  
➤ <https://www.bs-anne-frank.de/>
- Bildungszentrum Wetzlar (Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA))  
➤ <https://www.bundesfreiwilligendienst.de/bildungszentren/die-einzelnen-bildungszentren/wetzlar>
- Bund der Deutschen Katholischen Jugend Hessen (BDKJ)  
➤ <http://www.bdkj-hessen.de/>
- DGB-Bezirk Hessen-Thüringen DGB  
➤ <https://hessen-thueringen.dgb.de/>  
und DGB-Jugend Hessen-Thüringen  
➤ <https://hessen-thueringen.dgb.de/jugend>
- Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik (DeGeDe)  
➤ <https://degede.de/project/zusammenleben-neu-gestalten/>
- Die Kopiloten e. V. – gemeinsam politisch bilden  
➤ <http://www.diekopiloten.de/> mit dem Projekt #hatebreach – Hass im Netz begegnen  
➤ <https://hatebreach.net/>
- Evangelische Kirche in Hessen und Nassau  
➤ <https://www.ekhn.de/home.html>  
mit dem Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung  
➤ <https://www.zgv.info/das-zentrum/demokratie-staerken.html>  
und dem Fachbereich Kinder und Jugend im Zentrum Bildung der EKHN  
➤ <https://www.ev-jugendarbeit-ekhn.de/startseite/>
- Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck  
➤ <http://www.ekkw.de/index.php>
- Förderverein JVA Holzstraße e. V.  
➤ <http://www.foerderverein-jva-holzstrasse.de/>
- Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Hessen  
➤ <https://www.fes.de/landesbuero-hessen>
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Landesverband Hessen  
➤ <https://www.gew-hessen.de/>
- Hessischer Flüchtlingsrat  
➤ <http://fluechtlingsrat-hessen.de/>
- Hessische Jugendfeuerwehr im Landesfeuerwehrverband Hessen  
➤ <http://www.jf-hessen.de/>
- Hessischer Jugendring e. V.  
➤ <https://www.hessischer-jugendring.de/>  
mit dem Netzwerk für Demokratie und Courage Hessen (NDC)  
➤ <https://www.netzwerk-courage.de/web/149.html>
- Hessische Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit (HöMS) (bis Anfang 2022 Polizeiakademie Hessen)  
➤ <https://hoems.hessen.de/>
- Hessisches Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen  
➤ <https://kultusministerium.hessen.de/>
- Hessisches Landeskriminalamt, Geschäftsstelle IKARus  
➤ <http://ikarus-hessen.de/>
- Hessisches Ministerium für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales  
➤ <https://soziales.hessen.de/>
- Hessisches Ministerium des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz (HMdI)  
➤ <https://innen.hessen.de/>  
mit dem Hessischen Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE)  
➤ <https://hke.hessen.de/>
- Hessisches Ministerium der Justiz und für den Rechtsstaat  
➤ <https://justizministerium.hessen.de/>
- Hessischer Städte- und Gemeindebund  
➤ <https://www.hsgeb.de/>
- HKM-Projekt (Hessisches Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen): „Gewaltprävention und Demokratielernen“  
➤ <https://gud.bildung.hessen.de/>
- Initiative gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Kreis Bergstraße  
➤ <http://www.fremdenfreundlich.de/>
- Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD)  
➤ <https://isdonline.de/> mit dem Kompetenznetzwerk Anti-Schwarzer Rassismus (KomPAD)  
➤ <https://kompad.de/>
- JAKOb e. V.  
➤ <https://www.projekt-jakob.de/>
- Jetzt! Verein für Beratung, Coaching und Bildung – aktiv für Demokratie e. V.  
➤ <http://jetzt-ev.de/>
- jugendschutz.net  
➤ <https://www.jugendschutz.net/>
- Justus-Liebig-Universität Gießen, Institut für Politikwissenschaft, Qualifikationsprofessur für Didaktik der Sozialwissenschaften  
➤ [https://www.uni-giessen.de/de/fbz/fbo3/institute/fbo3/ifp/Lehrende\\_Team/Professor\\_innen/schmitt/startseite](https://www.uni-giessen.de/de/fbz/fbo3/institute/fbo3/ifp/Lehrende_Team/Professor_innen/schmitt/startseite)
- KUBI – Verein für Kultur und Bildung e. V.  
➤ <http://www.kubi.info/>
- Landfrauenverband Hessen e. V.  
➤ <https://www.lfv-hessen.com/>
- Landesamt für Verfassungsschutz Hessen  
➤ <https://lfv.hessen.de/>
- Landesverband der jüdischen Gemeinden in Hessen  
➤ <https://www.lvjgh.de/aktuelles/>
- Makista e. V. – Bildung für Kinderrechte und Demokratie  
➤ <https://www.makista.de/>
- Mobiles Beratungsteam gegen Rassismus und Rechtsextremismus – für demokratische Kultur in Hessen e. V., Kassel (Regionalstelle Nord-/Osthessen des Demokratiezentrum Hessen)  
➤ <http://www.mbt-hessen.org/>
- Netzwerk gegen Gewalt  
➤ <https://netzwerk-gegen-gewalt.hessen.de/>
- Philipps-Universität Marburg, Institut für Erziehungswissenschaft  
➤ [https://www.uni-marburg.de/de/fb21/erzwinst/arbeitsbereiche/eb-ajb/eb/forschung/projekte/copy\\_of\\_servicenetzwerk-fuer-studierende](https://www.uni-marburg.de/de/fb21/erzwinst/arbeitsbereiche/eb-ajb/eb/forschung/projekte/copy_of_servicenetzwerk-fuer-studierende)  
mit dem Demokratiezentrum Hessen  
➤ <https://www.uni-marburg.de/de/fb21/erzwinst/demokratiezentrum>  
und der daran angegliederten Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) Hessen  
➤ <https://rias-hessen.de/>
- Regionalstelle Süd des Beratungsnetzwerks Hessen (Träger: jetzt! e. V.)  
➤ <https://regionalstelle-sued.de/>
- response – Beratungsstelle für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt  
➤ <https://response-hessen.de/ber-uns.html>
- Rote Linie – Pädagogische Fachstelle Rechtsextremismus  
➤ <https://www.rote-linie.net/>
- Rumi imPuls e. V.  
➤ <https://www.rumi-impuls.de/>
- Sara Nussbaum Zentrum für Jüdisches Leben, Kassel  
➤ <https://sara-nussbaum-zentrum.de/>
- SMOG e. V.  
➤ <https://www.smogline.de/>
- Spiegelbild – Politische Bildung aus Wiesbaden  
➤ <https://www.spiegelbild.de>
- Sportjugend Hessen  
➤ <https://www.sportjugend-hessen.de/> und  
➤ <https://www.sportjugend-hessen.de/themen/demokratiestaerkung>
- Stiftung Adam von Trott, Imshausen e. V.  
➤ <https://stiftung-adam-von-trott.de/>
- Türkisch-Deutsche Gesundheitsstiftung e. V. (Gießen)  
➤ <https://www.tdgstiftung.de/>
- Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Hessen  
➤ <https://www.sinti-roma-hessen.de/>
- Werkstatt für Demokratieförderung e. V. (Projekte für die Demokratie – gegen Rassismus und Diskriminierung)  
➤ <https://www.werkstatt-demokratie.de/>



HESSSEN



Gefördert im Rahmen des Landesprogramms



Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms



Bundesministerium  
für Bildung, Familie, Senioren,  
Frauen und Jugend

Demokratie **leben!**